

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 27

Berlin, den 5. Juli 1930

5. Jahrgang

Herunter mit den Preisen!

Die Regierung Brüning will im Bunde mit den Unternehmern einen großen Lohnabbau erzwingen. Sie gibt vor, auch einen entsprechenden Preisabbau zu beabsichtigen. Nach ihren Versprechungen soll trotz der Lohnsenkung die reale Kaufkraft der Bevölkerung erhalten bleiben.

Wie sieht diese Lohn- und Preisabbauaktion bisher aus? Durch den Schiedsspruch von Dehnhausen soll ab 1. Juli für rund 200 000 Metallarbeiter der Lohn um 7 1/2 Proz. gekürzt werden. Die Unternehmer haben sich daraufhin mit einer Senkung der Eisenpreise für den Binnenabsatz um durchschnittlich drei Proz. einverstanden erklärt. Da die Ausfuhr, die fast 50 Proz. des Absatzes ausmacht, von der Preisermäßigung ausgeschlossen wurde, beträgt die tatsächliche Kürzung der Erlöse für die Eisenindustrie im Durchschnitt nur 1 1/2 Prozent. — Das ist weniger als die ersparte Lohnsumme ausmacht!

Der Opfermut der Unternehmer erscheint aber erst dann im rechten Licht, wenn man die Senkung der Schrottpreise in die Rechnung einstellt. Die deutsche Eisenindustrie kauft jährlich 3 bis 3 1/2 Millionen Tonnen Altschrott, dessen Preis um nicht weniger als 15 RM pro Tonne gefallen ist. Dadurch wird eine Ersparnis an Rohstoffen erzielt, die vollkommen ausgereicht hätte, um die Preisentwertung in dem angekündigten bescheidenen Ausmaß zu decken. Der Lohnabbau ist demnach ein reines Geschenk an die Schwerindustrie!

Der Abbau des Eisenpreises ist so gering, daß für die Fertigwarenindustrie eine Kostensenkung von noch nicht 1 Proz. eintritt. Da sich noch der Handel dazwischen schiebt, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß der letzte Verbraucher von der Preisentwertung etwas zu merken bekommt. Uebrigens würde es dem Metallarbeiter wenig nützen, wenn er Eisenwaren um 1 oder 2 Proz. billiger einkaufen könnte. Er kann sie nicht lochen und aufessen.

Um die deutsche Wirtschaft aus ihrer Notlage zu retten, soll der Arbeiter restlos die Kosten des Preisabbaus tragen. Die Unternehmer bringen nicht nur keine Opfer, sondern beziehen noch riesige Sondergewinne durch verbilligten Rohstoffeinkauf. Dieser schamlose Vorgang ist das Mutterbeispiel für den Lohn- und Preisabbau, wie ihn die Scharfmacher in der Regierung und in den Unternehmerverbänden für ganz Deutschland durchzuführen sehen wollen.

Zur Durchführung des Schiedsspruches haben die Unternehmer zum 1. Juli der ganzen Belegschaft gekündigt. Die Neueinstellung soll dann nur bei den gekürzten Löhnen erfolgen. Der Metallarbeiterverband hat seine Mitglieder angewiesen, sich unter keinen Umständen Abzüge gefallen zu lassen und ist bereit, die Unterstützung zu zahlen. Die Drohung der Unternehmer, den Verband schadenerfährlich zu machen, ist rechtlich nicht haltbar. Auch der Hirsch-Dundersche Gewerksverein ist zum Widerstand entschlossen, und die christlichen Gewerkschaften werden trotz Stegerwald eine ähnliche Haltung einnehmen müssen, wenn sie nicht die Sache der Arbeiterschaft verraten; sich selbst schädigen und viele Mitglieder verlieren wollen. Ein Lohnabbau ist eben nicht so einfach, wie sich das Rosenhauer-Stegerwald und einige Unternehmerjünger vorstellen. Das es auch ohne Lohnabbau geht, beweisen Beispiele aus anderen Industrien, wo durch Einigung der Parteien die bisherigen Löhne in Kraft blieben.

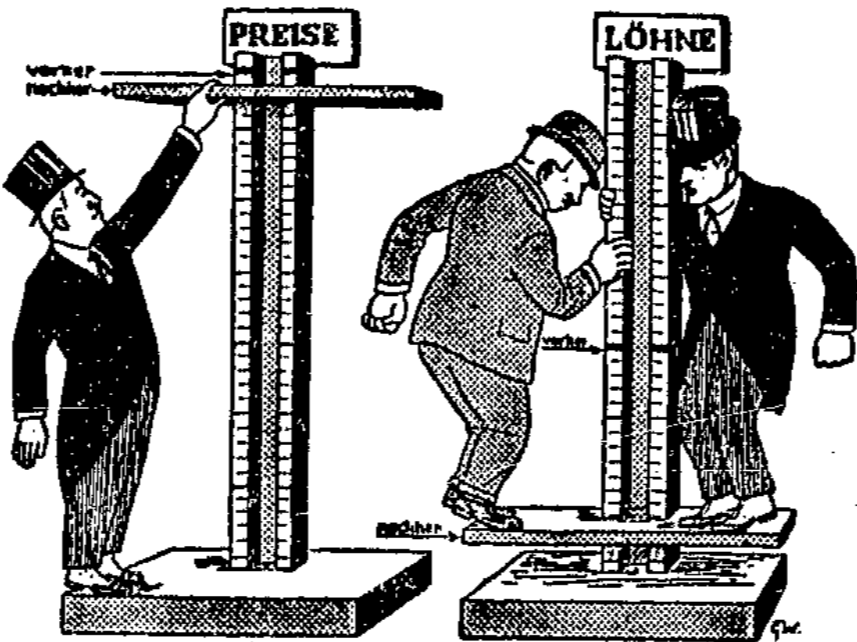
Der Bürgerfloh ist den Unternehmern gerade im rechten Augenblick zu Hilfe gekommen. Die überhöhten Preise standen vor dem Zusammenbruch. Die Weltmarktwaren waren merklich billiger geworden. Der Kupferpreis sackte um die Hälfte zusammen. Der amerikanische Stahltrakt war zu einem Preisabbau von 10 bis 13 Proz. genötigt und hat dies, ohne die Löhne abzubauen. Auch in Deutschland machte das Preisgebäude trotz Kartelle und Monopole. Da kommt die Regierung Brüning-Schiela und stößt die Hollmayer auf. Dann versucht sie einen Lohnabbau, der den Unternehmern Hoffnungen auf Riesengewinne aufkommen läßt, daß sie den Preisabbau darüber vergessen. Die Regierung betreibt in Wirklichkeit keine Preisabbauaktion, sondern eine Preisstützungaktion.

Wir haben schon einmal eine Preisabbauaktion unter Ruther erlebt. Damals wurde die Umsatzsteuer gesenkt. Die Unternehmer und Händler, die die Erhöhung dieser Steuer samt Gewinnzuschlag sofort auf die Preise abgewälzt hatten, dachten gar nicht daran, bei ihrer Ermäßigung die Preise abzubauen. — Gegenteil, — der Index Kettlerie weiter nach oben.

Gegenwärtig ist für gewisse Rohstoffe bereits eine merkliche Preisentwertung eingetreten. Die Preisabbauwelle droht aber wieder einmal zum kleineren Teil schon in der Industrie und zum größeren Teil im Handel zu versinken. Der Großhandelsindex ist um rund 12 Punkte gesunken, der Lebenshaltungsinde, der nur Kleinhandelspreise enthält, dagegen in der gleichen Zeit nur um 4 Punkte. Auch diese bescheidene Senkung der Lebenshaltungskosten gibt uns noch Rätsel auf. Mehl und Brot sind teurer geworden. Städtische Verkehrsgesellschaften haben ihre Tarife erhöht. Das wiegt wohl eben so schwer, wie die kleine Preisermäßigung für Milch, Gemüse und Schweinefleisch, von der die Hausfrau wenig merkt und

der Ledige, der im Gasthaus oder in der Kantine essen muß, gar nichts.

Der Handel macht zweifellos zu große Zwischengewinne. Man hat berechnet, daß er rund ein Sechstel des deutschen Volkseinkommens an sich zieht, obwohl nur rund ein Zwölftel der Erwerbstätigen im Handel beschäftigt sind. Dabei ist das Handelsgewerbe schon sinnlos überfetzt. An vielen Orten



So wünschen sich die Unternehmer den Preis- und Lohnabbau

sind zwei Drittel der Geschäfte überflüssig. Besonders schlimm sind die Zwischengewinne bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Krise der Landwirtschaft ließe sich allein durch Ausschaltung der übermäßigen Zwischengewinne lösen. Käme dazu noch eine vernünftige Nationalisierung, dann wäre eine Senkung der Lebensmittelpreise durchaus möglich.

Der Arbeiter hat eine wirksame Waffe gegen die Ausbeutung durch den Handel. Durch Stärkung der Genossenschaftsbewegung kann er einen merklichen Druck auf die Zwischengewinne ausüben. Bei größerer genossenschaftlicher Eigenproduktion erscheint es sogar möglich, auf die Preisgestaltung der Industrie Einfluß zu nehmen.

Wie der Handel ist auch die Industrie geneigt, die Vorteile einer Kostensenkung in die eigenen Taschen fließen zu lassen.

Wir haben oft genug gesehen, wie eine Lohnerhöhung ohne weiteres auf die Preise geschlagen wurde, und wir können jetzt beobachten, wie ein Lohnabbau keinerlei wirksamen Preisabbau nach sich zieht. Dabei hätte die Regierung die Preisgestaltung durchaus in der Hand. Sie kann die Preise von Kohle, Eisen und Kali direkt beeinflussen. Als größter Auftraggeber kann die Regierung auch die Baustoffpreise, wenn sie nur ernsthaft wollte, senken. Sie könnte durch eine entsprechende Zollpolitik die Lebensmittelpreise brücken, aber sie will gar nicht, sie will nur den Lohnabbau.

Der Lohnabbau droht auch wie eine Seuche auf andere Länder überzuspringen. In England berufen sich die Unternehmer schon auf das deutsche Vorbild.

Daß es auch anders geht, beweist ein Beispiel aus der Glasindustrie. Der Verein Deutscher Tafelglasfabriken hat die Preise für Bauglas zur Senkung der Baukosten und für Hartglas zur Förderung des Gemüsebaus um 12 Prozent herabgesetzt. Diese Preisentwertung wird ohne Lohnabbau durchgeführt. Hier wird der für die deutsche Wirtschaft einzig mögliche Weg gegangen. Eine allgemeine Preisentwertung ohne Lohnabbau wäre ein sicherer Weg aus der Krise mit. Auch die sonstigen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufstieges sind gegeben. Die Younganleihe ist bereits aufgelegt. Die Auslandsanleihen beginnen wieder zu fließen. Bei der Reichsbank liegen große Mittel an Betriebskapital brach. Der Notenumsatz, der jetzt nur wenig über 4 Milliarden beträgt, könnte ohne Ueberforderung der Deckungsvorschriften auf 8 Milliarden gesteigert werden. Die Reichsbank wird sich zu einer weiteren Senkung des Diskonts auf 4 Prozent entschließen müssen. Der Außenhandel entwickelte sich überraschend günstig. Der Ausfuhrüberschuß hat sich von 87 Millionen im April auf 265 Millionen im Mai erhöht. Eine allgemeine Preisentwertung, die auf einen aufnahmefähigen Inlandsmarkt gestützt ist, könnte den Auf- und ablauf noch erhöhen.

Statt eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu machen, sucht der rückständige und leider noch immer entscheidende Teil des deutschen Unternehmertums mit der deutschen Arbeiterschaft Schindluder zu spielen. Der Geschmack daran würde unseren Scharfmachern rasch vergehen, wenn die Arbeiterklasse erst einmal ihre organisatorische Macht erkannt hätte. Aber es gibt immer noch zu viel Arbeiter, die gleichgültig beiseite stehen oder sich gar zum Nutzen des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften hegen lassen. Dr. Georg Heidenreich.

Besprechungen der Spitzenverbände ergebnislos beendet.

In der letzten Besprechung der Spitzenverbände am 24. Juni gaben die Vertreter des ADGB folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderunterstützung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.

Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen.

Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.

Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhöhten Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches von Dehnhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaus in der Schwerindustrie machte, ferner die Anträge der politischen

Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinielen. Nicht minder muß es in höchstem Grade bekümmern, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr v. Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unabweisend ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tarif erhöhungen zu vermeiden.

Wenn einflußreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich. Die Massenführungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen trotz des Dehnhauser Schiedsspruches, den Antrag auf Entlassung von 7 v. H. ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen.

Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind.

Die Vertreter der Arbeitgeber konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.

Preise, Löhne und Wirtschaftskrise.

Die Gewerkschaften sind wieder einmal einem konzentrischen Aufbruch von bürgerlicher Seite ausgesetzt. Die Unternehmer haben auf der ganzen Front den Kampf um den Lohnabbau aufgenommen. Ideologisch wird dieser Vorstoß damit begründet, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften daran Schuld trage, daß sich der zur Überwindung der Wirtschaftskrise notwendige Abbau der Preise nicht in genügendem Maße vollzieht. Nun kann man den Gewerkschaften wirklich nicht Unmäßigkeit in ihren Lohnpolitischen Forderungen vorwerfen. Es ist im Gegenteil geradezu bewundernswürdig, mit welcher Disziplin sie sich in ihren Lohnforderungen von dem Augenblick an zurückgehalten haben, als die Verschlechterung der Konjunktur sichtbar wurde. Während des ganzen Jahres 1929 wurden keine nennenswerten Angriffsämpfe um wesentliche Lohnhöhungen geführt und im laufenden Jahr erklärten sich die Gewerkschaften fast durchweg mit einer unveränderten Aufrechterhaltung der Tariflöhne einverstanden, soweit sie nicht zur Abwehr von Lohnsenkungsbestrebungen der Unternehmer gezwungen wurden.

Diese Zurückhaltung ist um so anerkannterwert, als ihr ein allmähliches Abbröckeln der über-tariflichen Löhne parallel ging. Im Jahre 1929, einem Jahr, das zwar schon in der Depression lag, aber noch keine ausgesprochenen Krisenerscheinungen zeigte, sind zwar die Tariflöhne im Durchschnitt noch um etwas mehr als 3 Proz. gestiegen, aber diese minimale sichtbare Lohnsteigerung wurde zweifellos mehr als aufgehoben durch die von der Statistik nicht erfaßte Senkung der über-tariflichen Löhne.

Aber die Unternehmer geben sich mit dieser Mäßigung der Gewerkschaften nicht zufrieden. Sie arbeiten im Bund mit der Bürgerblockregierung auf direkte Lohnsenkungen hin und stellen es schon als ein Opfer hin, wenn sie die Lohnsenkungen zur Voraussetzung von Preisentwürfen machen. Und diese Idee der Verkopplung von Lohnsenkungen und Preisentwürfen wurde bekanntlich vom Schlichter in der nordwestlichen Eisenindustrie aufgegriffen und zur Grundlage seines Schiedsspruches gemacht. Wenn es sich dabei offiziell auch nur um die Freigabe von über-tariflichen Löhnen von ihren bisherigen Bindungen (Ewerling-Klausel) handelt, so ist doch zu befürchten, daß diese Politik bald Schule machen und von den staatlichen Schlichtungsinstanzen auch auf Tariflöhne übertragen werden wird. Deshalb muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die jetzt modern gewordene Methode der Verkopplung von Preisentwürfen mit Lohnsenkungen in einzelnen Industriezweigen durch nichts gerechtfertigt ist. Der Nachweis dafür kann sowohl theoretisch wie historisch geliefert werden.

Theoretisch liegen die Zusammenhänge folgendermaßen: Die Löhne sind ein Kostenfaktor der Produktion, gewiß, und die Unternehmer argumentieren damit, daß sie die Preise nur senken können, wenn die Kosten sinken. Aber schon darin liegt ein Fehlschluss. Die allermeisten Preise sind heute irgendwie monopolistisch gebunden. Das bedeutet, daß der enge Zusammenhang zwischen Kosten und Preisen, wie er in der freien Konkurrenzwirtschaft besteht, gelockert ist. Monopole vermögen die Preise weit über die Produktionskosten zu erhöhen. Stodt der Absatz infolge überhöhter Preise aber allgemein ungünstiger Wirtschaftslage, dann können Preisentwürfen überall dort ohne vorausgegangene Lohnsenkungen vorgenommen werden, wo monopolistische Preisüberhöhungen vorliegen. Preisentwürfen haben in solchen Fällen im allgemeinen nur den Verdacht auf monopolistische Sondergewinne zur Folge. Es mag freilich sein, daß einzelne einem Kartell angehörende Betriebe auch bei den überhöhten Preisen nur gerade mit dem üblichen Gewinn gearbeitet haben. Solche Grenzbetriebe würden also dem Preisabbau zum Opfer fallen. Aber berücksichtigt man, daß das Mittelschichten solcher Betriebe durch überhöhte Monopolpreise den Wirkungsgrad der Volkswirtschaft herabdrückt, so wird man ihr Erliegen nicht für einen Nachteil, sondern für einen Vorteil halten müssen, wenn er auch mit schweren Opfern für die betroffene Arbeiterchaft erkauft ist.

Aber auch dort, wo freie Preisbildung herrscht, müssen Preisentwürfen keineswegs grundsätzlich durch Lohnsenkungen bedingt werden. Der Lohn ist ja nur einer unter vielen Kostenfaktoren, häufig nur ein verhältnismäßig unbedeutender. Senkungen der Rohstoffpreise — deren Bestimmungsgründe zum großen Teil weltwirtschaftliche sind — können sich oft viel stärker in Preisentwürfen auswirken als Lohnsenkungen. Und heute ist die Situation in Deutschland so, daß die Preise der wichtigsten industriellen Rohstoffe vom Weltmarkt her gesunken sind, daß aber monopolistische Preisbindungen einer Auswirkung dieser Kostensenkungen auf die Preise im Wege stehen. Statt dessen wird den Arbeitern zugemutet, daß sie die Opfer für den Preisabbau bringen sollen.

In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß unter Umständen ein Preisabbau auch dann möglich ist, wenn weder eine Senkung von Rohstoffpreisen noch von Löhnen vorangeht. Dies ist dann der Fall, wenn die Kosten lediglich durch Rationalisierungsmaßnahmen herabgedrückt werden. Auch das ist ein häufiger Fall, dessen Auswirkungen auf die Preise in der Regel durch monopolistische Preisbindungen verhindert werden.

Es spricht aber noch ein anderes wichtiges Argument gegen die Verkopplung von Preisentwürfen und Lohnsenkungen in der Art, wie der Lohnsenkungen Schiedsspruch sie erzwingen will. Der Lohn ist nicht bloß ein Kostenfaktor, sondern der entscheidende Faktor des Volkseinkommens, d. h. der Kaufkraft für die erzeugten Waren. Wird eine Lohnsenkung erzwungen, ohne daß ihr ein Sinken des allgemeinen Preisniveaus vorausgegangen ist, dann bedeutet das ein Sinken der Massenkraft und damit ein schweres Störungsmoment für alle Konsumgüterindustrien, die auf Massenabsatz angewiesen sind.

Das Beispiel des Osnabrücker Schiedsspruches mag diesen Zusammenhang illustrieren. Es werden von ihm ungefähr 20000 Beschäftigte betroffen. Nehmen wir an, daß sie eine Lohnsenkung von durchschnittlich 10 Proz. erfahren, nehmen wir weiter an — und diese Annahme ist sicher nicht übertrieben — daß der Lohnanteil an den Gesamtkosten im Durchschnitt um den vom Schiedsspruch betroffenen Betrieben nur 20 Proz. ist, dann entspricht einer Lohnsenkung um 10 Proz. eine Preisentwertung um 2 Proz. Eine solche Senkung des Preisniveaus würde sich in der Wirtschaft überhaupt so gut wie gar nicht bemerkbar machen, denn sie würde sich bei den verarbeitenden Industrien nur mehr um Bruchteile eines Prozents auswirken. Eine Verminderung der Kaufkraft von 20000 Arbeitnehmern um 10 Proz. trifft aber große Bereiche des Wirtschaftsgesamtes, denn das in Rede stehende Lohn ist höher. Die veranschaulicht werden sämtlichen Wirkungen der Preisentwertung werden also mehr als aufgehoben durch die ungewünschten Auswirkungen des Lohnsenkungs in der Eisenindustrie für die Gesamtwirtschaft.

Historisch kann es eine ähnliche Wirtschaftssituation erinnert werden, wie wir sie heute erleben, an die Wirtschaftskrise des Jahres 1925/26. Im Zeitpunkt der damaligen Krise hatten wir einen ähnlichen Stand der Arbeitslosigkeit wie jetzt, und trotzdem hatte auf der einen Seite der Preisabbau eine stärkere Macht als heute, die Löhne aber sanken nicht, sondern unterbrachen nur für einige Zeit ihre Aufwärtsbewegung.

Eine weitere Bemerkung zum Beweis: Die Preise der industriellen Rohstoffe und Halbwaren begannen schon von Anfang des Jahres 1925 an zu sinken. Sie sanken von 144,7 im ersten Vierteljahr 1925 bis auf 128,8 im zweiten Vierteljahr 1926, also um 11 Proz. Die Preise der industriellen Fertigwaren hielten zwar schließl. noch, sie erreichten ihren Höhepunkt erst im vierten Vierteljahr 1925 mit 159,4, sanken aber von da bis zum Januar

1927 auf 141,6, also noch etwas stärker als die industriellen Rohstoffe und Halbwaren. Auf der anderen Seite aber blieben die Tariflöhne der Arbeiter von November 1925 bis August 1926 nahezu absolut stabil (auf einem durchschnittlichen Stundenlohnniveau von 94,1 Pf. für gelernte und 65,9 Pf. für ungelernete Arbeiter) und setzten in dem Augenblick, als sich die ersten Anzeichen der konjunkturellen Erleichterung sichtbar machten, ihre Aufwärtsbewegung fort (Anstieg auf 94,9 bzw. 66,5 Pf. im September 1926). Eine Lohnsenkung, wenigstens soweit sie statistisch erfassbar ist, trat also überhaupt nicht ein, obwohl auch der Lebensunterhaltssindex von der Preisentwertung erfaßt wurde: er sank von 145,0 im August 1925 bis auf 138,8 im März 1926, um dann wieder langsam zu steigen.

Dieses Beispiel lehrt: Preisentwürfen sind auch ohne vorausgegangene Lohnsenkungen in der Krise sehr wohl möglich, ja sie brauchen nicht einmal Lohnsenkungen nach sich zu ziehen. Im Gegenteil, der Gesamtwirtschaft ist die Wiederstandsfähigkeit der Löhne sehr zuzustatten gekommen, sie sicherte die Basis für die verhältnismäßig schnelle Überwindung der Krise von Mitte 1926 an.

Nun soll gewiß nicht verkannt werden, daß die damalige Situation auch Unterschiede gegenüber der heutigen aufwies: Die Preise dieser Waren waren noch von der Inflation her stark überhöht, der Wiederaufbau der Löhne nach der Inflation noch nicht ganz abgeschlossen. Die Wucht des Preisrückes läßt sich also zum Teil daraus erklären, daß ein überhöhtes Preisniveau zusammenbrach, die Widerstandsfähigkeit der Löhne zum Teil aus ihrem Tiefstand ableiten. Aber grundsätzlich ist doch der Ablauf der Ereignisse während der Krise 1925/26 typisch: Zuerst sinken die Rohstoffpreise, ihnen folgen die Fertigwaren und erst wenn sich der Druck der Krise stark ausgewirkt und auch zu einer Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten geführt hat, reagieren die Löhne auf die Krise durch Stillstand der Aufwärtsbewegung.

Der bisherige Verlauf der Krise 1929/30 bestätigt diese Regel. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren sind seit Januar 1929 bis Mai 1930 von 134,0 auf 128,8, also um 7,6 Proz. gesunken, die industriellen Fertigwaren hingegen seit Dezember 1928 bis Mai 1930 von 159,8 auf 151,5, also nur um 5,2 Proz. Die Tariflöhne sind bis Mai 1929 noch verhältnismäßig stark gestiegen (bis 111,2 Pf. durchschnittlichen Stundenlohn für gelernte und 83,4 Pf. für ungelernete Arbeiter), erreichten aber erst im Dezember 1929 ihren Höhepunkt (mit 111,9 bzw. 84,0 Pf.) und blieben seither auf diesem Stand stabil. Die Lebenshaltungskosten sind zwar nach dem amtlichen Index gesunken (von 156,5 im März 1929 auf 146,7 im Mai 1930), aber je mehr sich in den letzten Jahren die Lebenslage der Arbeiterschaft dem Vorkriegsniveau wieder angenähert hat, um so unmaßgeblicher wurde der amtliche Index der Lebenshaltungskosten, der auf einer abnormal tiefen Lebenshaltung aufgebaut ist, für die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Man kann ruhig behaupten, daß eine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten bis jetzt noch nicht eingetreten ist. Sie wäre aber die Voraussetzung für Konzessionen der Gewerkschaften in der Frage der Lohnsenkung.

Die Fehlerhaftigkeit der Theorie, von der sich der Schlichter in Osnabrücken und die Unternehmer leiten lassen, haben wir nachgewiesen. Der allgemeine Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen soll aber damit nicht bestritten werden. Er kann jedoch nur darin bestehen, daß sich die Löhne von den Schwankungen des allgemeinen Preisniveaus (und nicht einzelner Preise) nicht ganz emancipieren können. Die Lebenshaltung und die Kaufkraft des Arbeiters hängt von seinem Reallohn und nicht von seinem Geldlohn ab. Eine wesentliche Erhöhung des Reallohnes streben die Gewerkschaften in Krisenzeiten gar nicht an, eine Senkung der Real-löhne aber, wie der Lohnsenkungen Schiedsspruch sie jetzt für 20000 Arbeiter und Angestellte erzwingen will, kann den Arbeitern nicht zugemutet werden und würde auch die Überwindung der Krise nur erschweren.

Dr. Alfred Brauntal

Hamburgs Jubilare.

Zu der großen Zahl der Kollegen, die in diesem Jahre ihr Dienstjubiläum feiern, gehören auch folgende zwei Kollegen der Zahlstelle Hamburg. 25 Jahre haben auch sie in Fleiß und Ehre gestanden, dem Verbandsarbeit und Treue gewidmet. 35 Jahre und mehr gehören sie dem Verbandsmitglied an; d. h. ein Menschenalter lang haben sie bahnbereitend mitgewirkt an der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse.



Matthias Winkens

wurde am 1. Juni 1905 von der Mitgliederversammlung der vereinigten Zahlstelle Hamburg als bester Einzelkämpfer gewählt. Diese Funktion hat er treu und ehrlich bis zum Jahre 1917 ausgeübt. Als im Juli 1917 Karl Vogt aus dem Leben scheidet, betraute die Vertreterversammlung Kollegen Winkens zunächst provisorisch mit den Kassengeschäften der Zahlstelle und bestellte ihn endgültig im Frühjahr 1919 zum Kassier der Zahlstelle.

Kollege Matthias Winkens ist am 6. Oktober 1867 in Rheinhausen am Rheinlande geboren. In den neunziger Jahren kam er als ungelerner Arbeiter nach Hamburg, wo er zunächst Beschäftigung auf der Werft von Blohm u. Voß fand.

Im April 1896 trat er unserem Verbandsarbeit bei und betätigte sich regen an dem Ausbau des Verbandes in der ehemaligen Zahlstelle Eimsbüttel, in der er als Bevollmächtigter bis zur Schaffung der einheitlichen Zahlstelle Hamburg wirkte. Nebenher ist Kollege Winkens nicht herabgetreten, um so mehr hat er im engeren Kreise für den Verband, die Partei und die Genossenschaft gewirkt.

Wer wie er 25 Jahre im Dienste der Organisation als Kassier und Finanzminister sich betätigt hat, weiß, mit welchen unangenehmen Begleiterscheinungen die Arbeit verbunden ist. Frühe Stunden sind auch ihm durchaus nicht erspart geblieben.

Als er im Jahre 1917 die Kassengeschäfte übernahm, fanden die Finanzen der Zahlstelle nicht sehr glänzend. Trotz alledem ist es gelungen, die Zahlstelle über die Kriegsjahre und Inflation hinweg ohne Häufung von Schulden hinwegzubringen. Heute ist die Zahlstelle finanziell wieder gesund; das ist ein Verdienst des Kollegen Winkens.



Gustav Ahrens

erblickte im Januar 1871 in Hamburg das Licht der Welt. Seine Kindheit und Jugend waren trübe. Schon im zwölften Lebensjahre wurde er zur Mitarbeit herangezogen. Als er im Jahre 1886 die Volksschule verließ, nahm er für den fargen Lohn von 6 Mk. die Arbeit bei der Brauereifirma Deetjen u. Schröder auf, in deren Dienst er 20 Jahre verblieb. Im Jahre 1892 erreichte er glücklich einen Wochenverdienst von 16,70 Mk., wovon er noch ständig zur Unterhaltung seiner Mutter und Schwester beitrug.

Seine Mutter war Anhängerin der Freidenkerbewegung, und so wurde Gustav frühzeitig mit der Arbeiterbewegung vertraut. 1891 haben wir ihn bereits als Mitglied der Brauereiarbeiter-Organisation. Tauscher ist für seine Kollegen im Betriebe eingetreten, und er erreichte für sie Lohnverbesserungen, wenn auch nur in bescheidener Form. 1894 trat er zu unserem Verbandsarbeit über und hat sich in der damaligen Zahlstelle Hamburg als Fleiß- und Hauptkassierer bis zum Zusammenschluss aller Hamburger Zahlstellen betätigt. Im Jahre 1905 wählte ihn die Mitgliederversammlung neben Kollegen Winkens als bester Einzelkämpfer. Diese Funktion hat er gewissenhaft bis zum heutigen Tage ausgeübt.

Gustav Ahrens hat sich nicht allein in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch in der politischen, genossenschaftlichen und Jugendbewegung lebhaft betätigt. Überall hat er tatkräftig seine Meinung verfochten, die meist das Rechte traf.

Wir gratulieren den beiden Kollegen zu ihrem Ehrentage herzlich und wünschen, daß es ihnen noch lange vergönnt sein möge, ihr Amt in voller Mäßigkeit im Interesse des Verbandes auszuüben.

Protest gegen Reform der Krankenversicherung.

Im Rahmen ihres Sparprogramms hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über Änderungen in der Krankenversicherung aufgestellt. Der Entwurf beschließt zur Zeit den Reichstag und wird in den nächsten Tagen bereits dem Reichstag zur beschleunigten Verabschiedung zugehen. Aus diesem Anlaß hatte der Hauptverband deutscher Krankenkassen, der sich als zwölf Millionen Reichdeutscher verkörpert, zum 28. Juni nach Berlin eine Kundgebung der deutschen Krankenkassen einberufen. Mehr als fünfshundert Vertreter von Krankenkassen aus allen Teilen des Reichs sowie zahlreiche Vertreter von Behörden, Mitglieder der Parlamente und der Presse hatten der Einladung Folge geleistet. Der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmuth Lehmann, schilderte in einem groß angelegten Referat die Mängel und Vorzüge des Gesetzentwurfs. Nach einer lebhaften Aussprache schloß die Kundgebung mit der Annahme nachstehender Entschlüsse:

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung versammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Reichdeutschen schmerzte Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung.“

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschläge grotzentheils unberücksichtigt.

Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenschuldgebühr, die schon durch ihre Einführung untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereite Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des fassenärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Verwaltungsvereinfachungen sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Ersparnisse.

Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsbereiches ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören.

Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendigen Vereinfachungen in der Organisation durch Beseitigung der Überklassen und durch Bildung von Pflichtklassenverbänden bedauerlicherweise vermissen.

An den Reichstag richten die Versammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit kundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfs zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung.“



Lohnverhandlungen der Gruppen I bis III. Deutsche Weichhohlglasindustrie.

Bekanntlich haben die Parteien zum erstzulässigen Zeitpunkt, zum 30. Juni bzw. 31. Juli, die Lohnverträge in den Verbandsgruppen I-V der deutschen Weichhohlglasindustrie aufgekündigt. Zweck und Ziele der Aufkündigung sind verschiedene:

Die Arbeitnehmer fordern Lohnverhöhungen, um ihre gedrückten Einkommensverhältnisse auszugleichen und ihren Familien entsprechend den Leistungen für die Allgemeinheit und für die Volkswirtschaft eine Existenz bieten zu können. Außerdem soll bei der Forderung auf Erhöhung des Einkommens der Arbeiterschaft in der deutschen Weichhohlglasindustrie ein Schritt zur Anhebung der danebenliegenden Wirtschaft mitgetan werden. Jeder objektive Kenner der Lage der Arbeiterschaft in der deutschen Weichhohlglasindustrie wird zugeben müssen, daß die Arbeitsleistungen mit dem erzielten Einkommen im allgemeinen durchaus nicht zueinander in Einklang zu bringen sind. Ferner muß bei den Forderungen der Arbeiterschaft noch endlich auch dem verhöhrtesten Arbeitgeber einleuchten, daß der Absatz an Glaszeugnissen nur durch Hebung der Kaufkraft der Arbeiterschaft erfolgen kann. Diese unsere Auffassung, die sich vollkommen mit der Meinung aller freien Gewerkschaften deckt, findet auch ihre Bestätigung im letzten Konjunkturbericht über die Wirtschaftslage der deutschen Industrie, speziell der Glasindustrie. Von einer unparteiischen, wissenschaftlich geleiteten Stelle wird folgende Feststellung getroffen:

Der Inlandsmarkt dürfte, soweit Hausratswaren aus Glas in Frage kommen, auch in den nächsten Monaten nur verhältnismäßig wenig aufnahmefähig sein, da der Handel in seinen Dispositionen zurückhält, und eine wesentliche Besserung in der Nachfrage der letzten Konjunktur wegen der gedrückten Einkommensverhältnisse nicht erwartet werden kann.

Wie ist die Auffassung der Gewerkschaften zur Frage der Hebung der Wirtschaftsnote durch Hebung der allgemeinen Kaufkraft wirksam beständig worden als durch diesen Satz. Vor allen Dingen, nachdem noch feststeht, daß 87 Proz. der Fabrikate der Erzeugungsindustrie auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden müssen.

Trotz dieser logisch wirtschaftlichen Feststellung glauben die Glasindustriellen, den Schlüssel zur Erhaltung der Existenz ihrer Betriebe und zur Anhebung der Wirtschaft auf dem Gebiete des Lohnabbaus suchen zu müssen. Es muß wohl gesagt werden, daß man ziemlich gedankenlos der allgemeinen Tagesmeinung auf Lohnabbau folgt, ohne die furchtbaren Folgen für

die Volkswirtschaft, für die eigene Industrie und für die Arbeiterschaft bei solchen Maßnahmen erkennen zu wollen. Wenn wir jagten, ohne Berechtigung und ziemlich gedankenlos werden die Lohnabbauforderungen gestellt, so findet diese Behauptung darin ihren Beweis, daß die Weichhohlglasindustriellen mit ihren Abbauvorschlägen weit über das Ziel der Schwerindustrie hinausziehen. 15 Proz. Lohnabbau bei Akkord- und Zeitlöhnen soll das Mittel zur Hebung der Wirtschaftslage in der Weichhohlglasindustrie sein. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß selbst im Arbeitgeberlager der Weichhohlglasindustrie diese Abbauvorschläge nicht ernst genommen werden, zumal doch bekannt ist, daß vernünftige Industrielle oftmals selbst zum Ausdruck drachten, daß sie sich wundern müssen, wie die Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen mit einem so niedrigen Einkommen existieren können. Leider haben diese vernünftigen Arbeitgeber sich nicht durchsetzen können und dafür gesorgt, daß die Einkommensverhältnisse der Glasarbeiter verbessert werden. Unbekannt, wie es der Arbeiterschaft in der deutschen Weichhohlglasindustrie wirtschaftlich betrachtet geht, scheinen die Verhältnisse dem Herrn Syndikus Reichow zu sein, denn sonst hätte er mit seinen Ausführungen und seinem Beweismaterial vorsichtiger taktieren müssen.

Die am 19. Juni in Würzburg geführten Parteiverhandlungen für die Beschäftigten in den Verbandsgruppen I-III der deutschen Weichhohlglasindustrie mußten bei so unüberbrückbaren Gegensätzen, nachdem sich die Arbeitgeber bittere Wahrheiten über ihre beabsichtigte und bislang verfehlte Wirtschaftsführung sagen lassen mußten, und nachdem Not und Sorgenleben des Arbeiters im Spiegel der Zeit geschildert waren, scheitern.

Noch einmal muß festgestellt werden, daß die Gegenargumentationen der Arbeitgeber bzw. ihre Beweisführung für die Abbauforderungen auf wirklich schwachen Füßen gestanden haben. Hoffentlich dürfen auch die Arbeitgeber bereits erlautet haben, daß sie von ihren Abbauforderungen zurücktreten müssen, und daß es ein fruchtloses Beginnen ist, die Arbeitnehmer und ihre Vertreter für ein derartiges Vorgehen zu bewegen.

Das Reichsarbeitsministerium wird nun, um einen tariflosen Zustand für rund 17.000 Arbeiter in der Weichhohlglasindustrie zu vermeiden, eingzugreifen haben. Hoffentlich wird der bestellte Schlichter in gerechter Abwägung dem zum Recht verhalten, der wirklich Recht und weiteren Schutz bebar. Bei objektiver Würdigung der Verhältnisse kann das nur die Arbeitnehmerschaft sein.

Im nächsten Jahr wird der Urlaub gemäß Reichsmantel-tarifvertrag gewährt.

Eine Einigung über den Abschluß des Lohnvertrages konnte noch nicht erzielt werden. Hoffentlich gelingt es sehr bald, für alle rheinischen Hohlglashütten einen Bezirkslohnvertrag abzuschließen. Es liegt im Interesse der Arbeitgeber und auch der Arbeitnehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst einheitlich zu gestalten. Das kann aber nur geschaffen werden, wenn die Arbeiterschaft sich restlos dem Keramischen Bund anschließt.

B. Hertwig.

Der Arbeitskampf in Kopenick.

Seit mehr denn drei Wochen sind die Arbeiter in Kopenick angepörrt. Mit einer Disziplin, wie wir sie selten vorfinden, wird der Kampf von den Kollegen dort durchgeführt. Erreicht ist auch, daß festgestellt ist, daß nach den getroffenen Maßnahmen der Organisation fremde Arbeitskräfte bisher Kopenick gemieden haben.

Einige Schächlinge der Arbeiterbewegung haben die Kündigung der Firma nicht angenommen und verjuchten Streikarbeit zu leisten. Es sind dies die aus früheren Bewegungen bekannten Franz Bäcker, Welsch, Köppl und Genossen. Diesen Leuten verspricht Herr Seltmann für den Streikbruch goldene Berge. Er läßt sie, damit sie mit der Öffentlichkeit nicht in Berührung kommen, an jedem Morgen unter Polizeibedeckung mit seinem Privatauto nach dem Betrieb bringen. Die Streikbrecher merken nicht, daß sie jetzt schon geächtet und veremt bei der gesamten Arbeiterschaft Kopenicks sind und daß sie für alle Zeiten als Schächlinge der Arbeiterbewegung, speziell der Glasarbeiterbewegung zu gelten haben.

An eine Produktion im Betriebe ist natürlich nicht zu denken, und sollen trotz größter Bemühungen der Betriebsleitung die Versuchsschmelzer und Beamten noch nicht das Mittel gefunden haben, einwandfreies Glas zu schmelzen.

Die Unkosten des dreiwöchigen Streiks dürften bei der Firma jetzt schon mehr ausmachen, als wenn sie der Gesamtheit der Arbeiterschaft den alten Lohn im ganzen Jahr weitergezahlt hätte. Die Betriebsleitung versucht, gegen die Ausgepörrten mit allen Machinationen vorzugehen; in erster Linie benutzt man dazu die Polizei. Auf Grund unseres Einspruchs dürfte jedoch die einseitige Handlung der Polizei bald unterbunden werden. Die Ausgepörrten lassen sich durch die Provozierungen zu keinen unfairen Handlungen hinreißen, und zeigen damit Herrn Seltmann, daß sie nicht gewillt sind, kleinlichen Schächlingen zu unterliegen, sondern daß sie ihren Kampf bis zum Erfolge durchführen werden.

Kopenick bleibt nach wie vor für Arbeitsuchende gesperrt!

Aus der Facetten-Industrie.

Die Beschäftigten der deutschen Facettenindustrie unterliegen bekanntlich dem § 7 der Arbeitszeitverordnung, bzw. der Verordnung vom 9. Februar 1927 für die Glasindustrie, allerdings mit der Einschränkung der Entschliebung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 26. Mai 1927, in welcher es heißt, daß Arbeiter der Spiegelglasindustrie der Verordnung nicht unterstellt sind, wenn sie an Apparaten arbeiten, wo der Schleif- und Polierprozess feucht und vollkommen mechanisch vor sich geht.

In der Zentrale der deutschen bodenständigen Facettenindustrie fürth verlangte eine Firma trotz großer Arbeitslosigkeit die Leistung von Überstunden. Die organisierte Arbeiterschaft lehnte das Verlangen der Firma ab, und zwar unter dem Hinweis, daß Überstunden gelehrt infolge der Bestimmungen in der Verordnung vom 9. Februar 1927 und der Arbeitszeitverordnung nicht zulässig seien.

Die Firma gab sich mit dem Bescheid der örtlichen Organisationsleitung nicht zufrieden und holte die Zustimmung vom zuständigen Gewerbeaufsichtsamt ein. Was kaum zu erwarten war, trat ein: der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte gab dem Gesetz, vor allen Dingen der Entschliebung des Herrn Reichsarbeitsministers eine vollkommen abwegige Auslegung. Ebenfalls in einem Anschreiben an uns wie folgt:

Beifügen möchte ich, daß die Schleifer und Polierer in der Spiegelglasindustrie laut Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 26. Mai 1927 III B 3962/27 nicht unter die Verordnung über die Arbeitszeit in Glashütten und Glas-schleifereien vom 9. Februar 1927 fallen.

Auf Grund einer Beschwerde unserer Geschäftsleitung hat sich die Branchenleitung über diese unmögliche Auslegung mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums in Verbindung gesetzt. Schon diese Aussprache zeigte, daß der zuständige Gewerbeamt in Nürnberg bei seiner Auslegung von solchen Voraussetzungen ausgehen muß. Bei der äußerst bedeutungsvollen Frage haben wir Betriebsbesichtigung vorgeschlagen, um persönlich die Stellungnahme des Gewerbeaufsichtsbeamten von Nürnberg führt zur Verordnung vom 9. Februar 1927 für die Beschäftigten in der deutschen Facettenindustrie kennenzulernen. Bei dieser Betriebsbesichtigung glaubte der betreffende Herr, den Organisationsvertretern den Vorwurf machen zu müssen, daß wir die Fragen des Arbeiterschutzes und der Auslegung von Gesetzen zu sehr vom politischen Gesichtswinkel aus betrachten. Die Antwort von uns wird er sich nicht hinter den Spiegel stecken. Mit einer Neutralität, die irreführend kaum wiederfinden dürfte, erklärte der Gewerbeaufsichtsbeamte, die Beschäftigten in der Facettenindustrie fallen nicht unter die Verordnung vom 9. Februar 1927, weil die in Frage kommenden Schleiferräder und Apparate mechanisch angetrieben werden. Auch unsere

Hinweise, daß der Gesetzgeber im Jahre 1927 doch keine Verordnung herausgeben wird für Beschäftigungsverbote in Betrieben ohne mechanischen Antrieb, da solche zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vorhanden waren, konnte die Meinung des Herrn Gewerbeaufsichtsbeamten nicht beeinflussen. Der betreffende Herr konnte die Ziff. 2 der Entschliebung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 26. Mai 1927 deshalb nicht richtig auslegen, weil er keinen Unterschied zwischen dem Arbeitsprozess und dem Antrieb der Maschinen herausfinden konnte.

Nach dieser unmöglichen Auslegung haben wir uns erneut beschwerdefähig an das Reichsarbeitsministerium gewandt und Abschrift unserer Beschwerde dem bayerischen Sozialministerium zugestellt. Ehe das Reichsarbeitsministerium in Bayern zuteil werden ließ, hat sich das Sozialministerium Bayerns dem von uns bekanntgegebenen Standpunkt, wie aus nachfolgendem Schreiben hervorgeht, zu eigen gemacht. Durch die Feststellungen im Schreiben des bayerischen Sozialministeriums steht einwandfrei fest, daß die Beschäftigten in der Facettenindustrie der Verordnung vom 9. Februar 1927 unterliegen, auch diejenigen Arbeitnehmer, die an halbautomatischen Maschinen arbeiten und nur teilweise das Glas beim Schleif- und Polierprozess führen müssen.

Abschrift

Nr. 11 a 1. München, 4. Juni 1930.
Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit (Abt. Arbeit).

An den Herrn Gewerbeaufsichtsbeamten für Nürnberg-Fürth bei der Regierung von Mittelfranken K. d. N.

Nürnberg, Weintraubenstraße 1.

Betreff: Verordnung über die Arbeitszeit in Glashütten und Glas-schleifereien.

Zum Bericht vom 27. Mai 1930, Nr. 2352.

Der Kreis der Personen, die nicht als Schleifer im Sinne der Verordnung über die Arbeitszeit in Glashütten und Glas-schleifereien vom 9. Februar 1927 anzusehen sind, ist in dem mit Mandatsfertigung vom 10. Juni 1927 Nr. 11 a 4 den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Kenntnis gebrachten Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers vom 26. Mai 1927 III B 3962 so scharf umrissen, daß eine irrtümliche Auslegung, was als Schleifer im Sinne der Verordnung anzusehen ist oder nicht, kaum möglich ist. Von einem vollkommen mechanisch vor sich gehenden Schleifprozess kann man dann nicht sprechen, wenn nur die Schleifwerkzeuge mechanisch angetrieben werden, dagegen die Bewegung des Glases teilweise oder ganz von der Hand bewerkstelligt werden muß.

S. A.: gez. Gasteiger.

Allgemeinverbindlichkeit in der Facettenindustrie.

Der Reichsarbeitsminister.
III B 4728/18. Zar. Berlin, den 12. Mai 1930.

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifverordnung (Reichsgesetzblatt 1928, I, S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- Parteien des Tarifvertrages:
 - Auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Glasindustrie und verwandten Betrieb von Bielefeld und Umgebung.
 - Auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltung Bielefeld, Abteilung Keramischer Bund.
- Tag des Abschlusses: a) 1. Juli 1927; Nahmentarifvertrag; b) 25. Juni 1929; Lohnvertrag nebst Akkordfätzen.
- Verrückter Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in Betrieben für Bearbeitung und Werdung von Flachgläsern.
- Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Regierungsbezirk Minden und Freistaat Lippe.
- Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 9, Absatz 1 und 2 des Nahmentarifvertrages.
- Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Mai 1930.
- Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit den Tarifverträgen.

Im Auftrag: gez. Dr. Kaldbrenner.

Polen.

Innerhalb der polnischen Glashütten machen sich gegenwärtig Bestrebungen zur Erweiterung des seit 1. Januar 1928 bestehenden Fensterglas Syndikats geltend. So ist das Syndikat bemüht, sich auch die Erzeugung von Galanterie- und Beleuchtungs-glas unterzuordnen. Ebenso sollen die Flaschenproduzenten dem Syndikat beitreten, um auf dem Wege eines einheitlich geregelten Absatzes die Erzeugung zu rationalisieren und den Inlandsbedarf planmäßig zu fördern. Das Schwergewicht des umfassenden Syndikats würde in einer Bekämpfung der Auslands-erzeugnisse auf dem polnischen Markt ruhen, die gegenwärtig einen großen Teil des Verbrauchs decken.

Der Gesamtwert der in Polen im Jahre 1929 hergestellten Glasbütten-erzeugnisse bezifferte sich auf mehr als 110 Mill. Zl., so daß sich die Vorkriegserzeugung bereits verdoppelte. Aber schon in der zweiten Hälfte 1929 machte sich die allgemeine Stagnation auch in diesem Gewerbe stark fühlbar, zumal die deutsche, tschechische und französische Konkurrenz auf dem polnischen Markt festeren Fuß zu fassen bestrebt ist. Die sich im laufenden Jahre verheißende Depression hat denn auch zu der Erwägung einer weiteren Konzentration sämtlicher Glashütten geführt, weil man sich auf diese Weise eine Konsolidierung der Erzeugung sowie die Absatzes verpricht.

Milchflaschen aus Papier.

Folgende Nachricht geht durch die Presse:

Bei Wiederverwendung von Glasflaschen für Säuglingsmilch kann es zur Übertragung von Keimen auf die neu eingefüllte Milch kommen, wenn nicht vorher eine in jeder Hinsicht einwandfreie Sterilisation stattgefunden hat. Dazu kommt die Zerbrechlichkeit der Glasflasche. Um diesen Uebelständen zu begegnen, hat die Industrie nur einmalig zu verwendenden Flaschen aus Papierstoff hergestellt, teils paraffinierte Papierflaschen, teils ohne Paraffin verwendete. Die Milch in diesen Flaschen ist, wie behördliche Versuche ergaben, länger haltbar als in Glasflaschen. Die milchwirtschaftlichen Betriebe können mit den geeigneten Maschinen diese Flaschen selbst fabricieren: auf der einen Seite der Maschine steht die Papierrolle, auf der anderen Seite kommt die Milchflasche, fertig und gefüllt, hervor. (Umschau, 14/1930.)

Anerkennung des Reichstarifs.

Am 1. Oktober 1929 ist die Rheinische Glashütte wieder in Betrieb genommen worden. Durch den Eintritt des Steinzeugröhrenfabrikanten, Herrn Hof, in die Gesellschaft ist es ermöglicht worden, die Hütte wieder betriebsfähig zu gestalten. Während dieser Zeit ist sehr viel auf technischem Gebiete verbessert worden. Es ist gegen früher ganz anders geworden. Wenn unter der alten Direktion die Facharbeiter berechtigten Wünsche betriebstechnischer Art vorbrachten, so wurde in allen Fällen der Arbeitern ein glattes Nein erwidert. Wir haben kein Geld, wir können solche Ausgaben nicht machen. So wurde ein Zustand geschaffen, der dem Betriebe und vor allem der Arbeiterschaft nicht förderlich war. Hinzu kam ein großer aufgeblähter Beamtensapparat mit hohen Direktionsgehältern, und viele andere betriebstechnische Fehler wurden mitgeschleppt und führten schließlich zur vollständigen Stilllegung des Betriebes. Jetzt ist es anders geworden. Jede Anregung der Facharbeiter wird geprüft und eingehend mit dem Betriebsrat besprochen. In ganz kurzer Zeit wird der Betrieb, wenn er in derselben Weise weiter ausgebaut wird, einer der modernsten im Rheinland sein. Hoffentlich verfährt Herr Hof nicht in dem Fehler, mit aller Gewalt die Löhne zu drücken. Die Arbeiterschaft ist gewillt, mit Herrn Hof zusammenzuarbeiten. Es muß ihr aber so viel an Lohn gegeben werden, damit sie auch leben kann.

Die bestehenden Tarifverträge, Rahmen- und Lohnvertrag, hat die Firma zum 1. Mai gekündigt. Nach mehrmaligen Verhandlungen hat sich die Firma entschlossen, den Vorschlägen der Gewerkschaften auf Anerkennung des Reichsmanteltarifvertrages stattzugeben.

Es wurde die nachstehende Vereinbarung getroffen:

Zwischen der Rheinischen Glashütten-Aktiengesellschaft an Köln-Ehrenfeld einerseits und dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands (Abteilung Keramischer Bund), Hannover, sowie dem Berufsverband der Glasarbeiter, Berlin, als Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen der Rheinischen Glashütten-Aktiengesellschaft, Köln-Ehrenfeld, andererseits, wurde heute folgendes vereinbart:

Der Tarifvertrag gilt ab 1. Mai 1930 der Reichsmanteltarifvertrag für die deutsche Weichhohlglasindustrie gemäß Schlichterspruch der Schlichterkammer im Reichsarbeitsministerium vom 20. April 1929 mit der Maßgabe, daß der Tarifvertrag für a) bei der Rheinischen Glashütten-Aktiengesellschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, auch für die berufsfremden Facharbeiter, gelten soll.

Hinsichtlich des Urlaubs wird vereinbart, daß mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Arbeiter erst einige Monate wieder in Arbeit sind, in diesem Jahre, d. i. für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931, kein Urlaub gewährt wird.



Neuer amerikanischer Zolltarif.

Am 17. d. M. ist die Unterzeichnung des neuen amerikanischen Zolltarifgesetzes durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Hoover, erfolgt. Durch die Zustimmung des Präsidenten sind die Zolltarifverhandlungen, die fast 18 Monate in Anspruch genommen und zu schweren Kontroversen in Amerika selbst und zu heftigen Protesten des stark interessierten Auslandes geführt haben, endlich zum Abschluß gelangt. Näheres darüber, ob das Zollgesetz in der vom Joint-Komitee, dem aus Vertretern des Senates und des Repräsentantenhauses bestehenden Gremium, gebilligten Fassung unterzeichnet worden ist, war bei der Kürze der Zeit noch nicht in Erfahrung zu bringen.

Die Wirksamkeit des neuen Tarifes begann bereits am Tage nach erfolgter Unterzeichnung, also am 18. Juni d. J. Der bisherigen Gepflogenheit entsprechend sind irgendwelche Uebergangsbestimmungen für schwimmende Waren usw. nicht getroffen, so daß die nach dem 17. Juni den amerikanischen Behörden zur Verzollung vorgelegten Waren ohne weiteres den neuen Zollfüßen unterliegen.

Wie sich diese für feinkeramische Erzeugnisse nach den bisher vorliegenden Berichten — der authentische Wortlaut des neuen Gesetzes liegt noch nicht vor — gestalten, wenn entsprechend den Beschlüssen des Joint-Komitees das Zolltarifgesetz durch den Präsidenten unterzeichnet worden ist, darüber unterrichtet die nachfolgende Uebersicht, in der die bisherigen Zölle mit den Zollfüßen gegenübergestellt sind, die durch das Joint-Komitee ausgehandelt wurden. Demnach würden Boden- und Wandplatten (Pos. 202) bei der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten nunmehr einen 20 Proz. höheren Zoll zu tragen haben. Die Zölle für gewöhnliche Tons- und Erdenwaren (Pos. 210) sind unverändert geblieben. Dagegen wird für Steingutwaren (Pos. 211) und zwar für das unverzehrte wie für das verzehrte, ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck, zu dem bisherigen Zoll von 45 bzw. 50 Proz. vom Werte ein Stützschlag von 10 Cents pro Duzend erhoben.

Für Porzellanerzeugnisse (Pos. 212) kommt ebenfalls auf die bisherigen Zölle von 60 bzw. 70 Proz. vom Werte, je nachdem ob sie unverzert oder bezert sind, ein Stützschlag von 10 Cents pro Duzend zur Erhebung, aber nur insoweit, als es sich um Tafel- und Küchengeräte handelt.

Ueber die Auswirkung des neuen Tarifes für die deutsche Steingut- und Porzellanindustrie ist zu sagen, daß die neuen Zollfüße für Steinguterzeugnisse fast eine Verdoppelung gegenüber der bisherigen Höhe bedeuten. Wie sich aus einer Uebersicht ergibt, die vom „National Council of American Importers & Traders“ unter Umrechnung und Einbeziehung des neuen Stützschlages in den Wertzoll aufgestellt worden ist:

	Bisherige	neue
	Zoll-Verlastung	Zoll-Verlastung
Steingut einfarbig:		
weiße Teller	45 %	72 %
Tellern mit Untertassen	45 %	91 %
Fruchtschalen	45 %	93 %
weiße Blumenvasen	45 %	76 %
Steingut mehrfarbig:		
Teller mit blauem Schablonenmuster	50 %	72 %
Tellern und Untertassen mit blauem Schablonenmuster	50 %	81 %
Fruchtschalen mit blauem Schablonenmuster	50 %	92 %
ovale Fleischplatte mit blauem Schablonenmuster	50 %	58 %
Tafelgeschirr farbig (32 Stück)	50 %	71 %

Was die Porzellanerzeugnisse betrifft, so wird der Gesamtimport nach den Vereinigten Staaten, die früher 25 Proz. und in den letzten Jahren nur noch 20 Proz. der gesamten deutschen Porzellangehirrausfuhr ausgenommen haben und somit den wichtigsten Abnehmer der deutschen Porzellan-Industrie darstellen, auf das empfindlichste getroffen. Daß der Zollzuschlag von 10 Cents pro Duzend ohne Rücksicht auf den Wert der Ware zur Erhebung gelangt, bedeutet eine außerordentliche Schädigung, insbesondere des Tafelgeschirrexportes, der an sich schon in den letzten Jahren infolge der Preisunterbietung durch die japanische Porzellanindustrie dauernd gesunken ist.

Die Vorzugsbehandlung von Knochenporzellan kommt nach der Fassung des Joint-Komitees in Zukunft in Wegfall, so daß das Knochenporzellan zolltariflich nunmehr dem Selbstporzellan gleichsteht.

Aus den Bestimmungen des neuen Zollgesetzes ist zu erkennen, daß am meisten die Massenware getroffen wird, und daß man in Amerika, wie in anderen Ländern, den Rinderknochen die Waren verteuert. Die neuen Zölle haben bereits in einer Anzahl von Staaten Boykottbewegungen aus-

gelöst; ob sie aber Erfolge haben werden, ist sehr fraglich. Die deutsche Porzellanindustrie wird trotzdem alles versuchen müssen, die Zollschwierigkeiten bei den Lieferungen nach Amerika zu überwinden, und wenn es nicht anders geht, durch die modernsten technischen Hilfsmittel.

Rüps.

Am 18. Juli 1930 feiert die Zahlstelle Rüps das 40jährige Jubiläum. In Rüps ist alter gewerkschaftlicher Boden. Schon im Jahre 1869 entwickelte sich das erste Organisationsgewerkschaft der Porzellanarbeiter in Rüps zu einer Zahlstelle der Gewerksvereiner. Wie lange sie bestand, kann nicht mehr festgestellt werden. Im Jahre 1888 wurde wieder der Versuch unternommen 30 Porzellanarbeiter schlossen sich zusammen; 1889 waren es noch acht, die ihre Mitgliedschaft aufrechterhielten. Im Jahre 1891, als der Porzellanarbeiterverband aus dem Gewerksverein ausschied, blieben die Rüpsler Organisierten ihrem Verband treu und wurden dann 1892 freigewerkschaftlich. Der Mitgliedsstand vermehrte sich im Laufe der Jahre etwas, aber der eigentliche Aufschwung und impulsives Gewerkschaftsleben schenkte nach dem Kriege ein. In der Porzellanfabrik Ohnemüller & Illrich trat auch eine Aenderung ein. Die Fabrik ging in den Besitz des Herrn Edelstein-Verein über, wurde 1919 stark aus- und umgebaut, so daß sie heute zu den besten Qualifikationsfirmen mitgezählt wird. Die Zahl der Beschäftigten vermehrte sich dadurch, und damit ist auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Porzellanarbeiter auf über 400 gestiegen. Die gewerkschaftlichen Anfänge von 1869 haben sich also zu einem erfreulichen Stand im Laufe der Jahrzehnte entwickelt; hoffentlich erkennt die freigewerkschaftlich organisierte Porzellanarbeiterschaft auch recht bald, daß sie sich auch politisch eine gleiche Macht und Mündendebung schaffen muß.

Die Zeiten wandeln sich. In der Chronik ist festgehalten, daß bereits 1870 in Rüps eine Porzellanfabrik stand, in der Arbeiter beschäftigt waren, die mit Zylinder und Krügen in die Fabriken gingen. Das änderte sich im Laufe der Zeit, aber die Kollegen und Kolleginnen in Rüps mögen bei ihrem Fest daran denken, daß die gewerkschaftliche Macht dazu beitrug,

geordnete Arbeitsverhältnisse, eine Mindestlohngarantie, Urlaub und andere wichtige Tarifrachte zu schaffen, an die vor hundert Jahren noch nicht gedacht wurde. Um mit unseren Rechten im Laufe der Jahrzehnte noch mehr vorwärts zu kommen, muß ununterbrochen weiter am Aufstieg der Arbeiterklasse gearbeitet werden. Diese Aufgaben müssen nach und nach gelöst werden, dazu brauchen wir Einheit, Geschlossenheit, Überficht und Mut der Rüpsler Porzellanarbeiter auch für die Zukunft.

Porzellan auf den Auslandsmärkten.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist die Ausfuhr von Porzellan, soweit nicht technisches Porzellan in Frage kommt, mengenmäßig stark zurückgegangenen Wertmäßig liegt die Ausfuhr höher als 1913, doch spielen hierbei Qualitätsverschiebungen wie Preisveränderungen eine Rolle. Wie vor dem Kriege ist die Geschirrporzellanindustrie an der gesamten Porzellanindustrie mit rund 55 bis 60 v. H. beteiligt. In den Absatzgebieten sind im Vergleich zur Vorkriegszeit bemerkenswerte Verschiebungen eingetreten, die in der Hauptache auf das Vordringen der japanischen Konkurrenz zurückzuführen sind. (Die keramische Industrie Japans hat im Verlaufe der Jahre ihre Arbeiterzahl mehr als verdoppelt.) Einmal ist die Bedeutung der asiatischen und der amerikanischen Länder als Absatzgebiete für deutsches Geschirrporzellan zurückgegangen, während die Ausfuhr nach europäischen Ländern anteilmäßig größer ist als vor dem Kriege. Ferner mußten infolge des Preisdrucks auf den asiatischen und amerikanischen Märkten ständige Preisänderungen hinsichtlich der Preisstellung gemacht werden, wie aus den sinkenden Ausführpreisen nach diesen Ländern hervorgeht. Auf den europäischen Märkten treten dagegen die besseren Qualitäten mehr und mehr in den Vordergrund. Die schwierigen Konkurrenzverhältnisse in der Porzellanindustrie erfordern ständige Rücksichtnahme mit den ausländischen Interessenten — ein Grund dafür, daß wie das Institut für Konjunkturforschung in einer unter dem Titel „Export und Anlandebörsen“ erschienenen Untersuchung über die bevorstehende Industrie auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1930 feststellte, die Beschäftigung der Leipziger Messe mit Porzellanwaren von Jahr zu Jahr reichhaltiger wird.

Magdeburg.

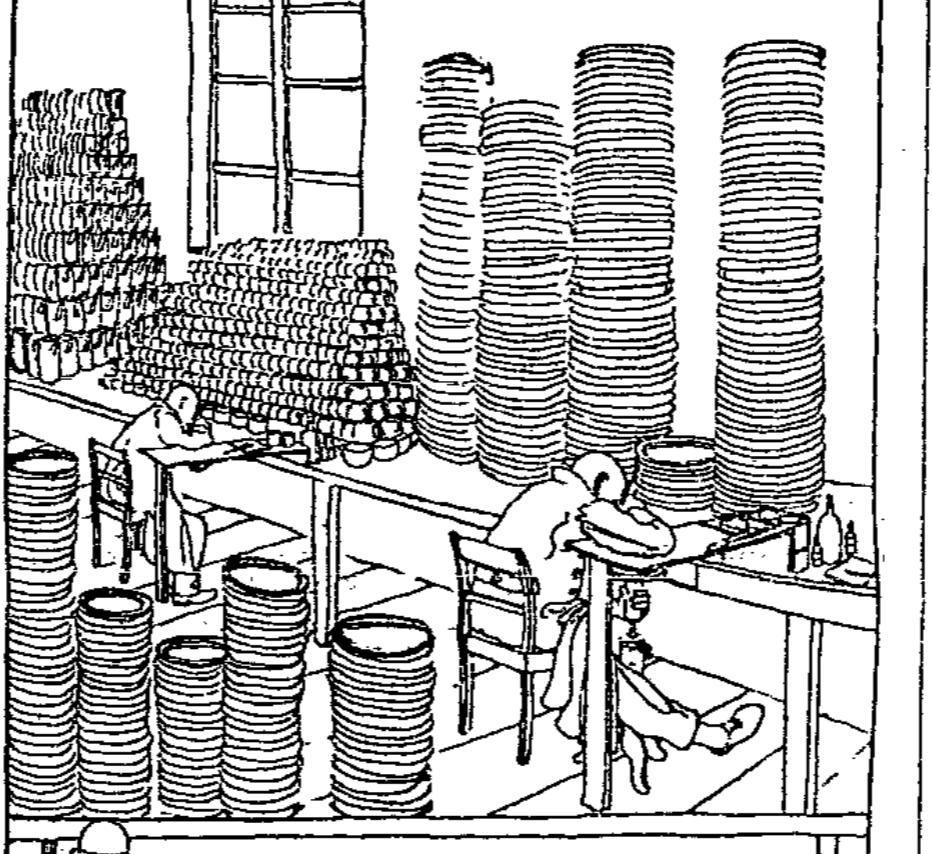
Am 16. Juni 1930 starb unser alter, treuer Kollege, der Dreher Wilhelm Krüger. Er war das älteste Mitglied der Keramischen Abteilung und auch der hiesigen Zahlstelle. Wilhelm Krüger starb an der Herzkrankheit der Porzellaner, an der Staublunge mit nachfolgender Tuberkulose. Wilhelm Krüger hat das Schicksal so vieler Porzellanarbeiter durchgemacht. Er hatte es nicht leicht im Leben. Kaum hatte er einen neuen Arbeitsplatz bezogen, mußte er wieder sein Bündel schnüren und weiter wandern, weil er für die Interessen seiner Kollegen eingetreten war. Er hat viele Streiks mitgemacht und viele Male Wahrgenommen ertragen müssen. Weit über 20 Umzüge mußte er mit seiner zahlreichen Familie durchmachen, aber trotz alledem stand unter Wilhelm seinen Mann. Er gehörte lange Jahre der Ortsverwaltung des früheren Porzellanarbeiter-Verbandes in Magdeburg an, auch war er Delegierter des Ortsausschusses. In Wildau und Wollhausen war er Vorsitzender der Zahlstelle. Geboren war Wilhelm Krüger in Althalbenleben. In seinem Fach war er tüchtiger Dreher, und es gibt wohl keinen Zweig in seinem Beruf, den er nicht beherrschte. So mancher Kunstgegenstand ist aus seinen geschickten Händen hervorgegangen. Die jüngere Generation konnte sich immer an ihm ein Vorbild nehmen. Nun hat er ausgedient. Wir werden sein Andenken in Ehren behalten!

Annaburg.

Die kommunistische Opposition, die durch ihren Stoßtrupp eine ordnungsmäßige Durchführung der monatlichen Mitglieder-versammlungen unmöglich macht, hat die Zahlstellenleitung zu folgenden Maßnahmen veranlaßt: Es finden in Zukunft nur noch Quartalsversammlungen statt und zwar werden diese in der üblichen Weise bekanntgegeben. Damit in dem Betrieb der Bibliothek keine Störung entsteht, wird diese jeden Sonntag nach dem 10. Vormittags von 10 bis 12 Uhr, offen gehalten. An Stelle der Monatsversammlungen werden jeden Monat erweiterte Funktionärversammlungen stattfinden. Für die Quartalsversammlungen werden wir Vorkehrungen treffen, damit den Abwesenden eine nochmalige Versammlungsbekanntmachung vergeht. In Übereinstimmung mit unseren Mitgliedern, die sich nicht um die kommunistischen Parolenkämpfe kümmern, sondern sich in allen Organisationsfragen an die Zahlstellenfunktionäre zu wenden.

Schorndorf.

Die Württembergische Porzellanmanufaktur A.-G. in Schorndorf stellte nun auch beim Handels- und Gewerbeamt den Antrag auf zeitweise Stilllegung des Betriebes. Das Amt gab dem Antrage statt, so daß die Produktion voraussichtlich vom 1. Juli bis Ende August ruhen wird. Rund 150 Beschäftigte werden dadurch arbeitslos.



Wer kein Stumper mochte sein,
 kehre mal in Sorau ein
 und hole sich dort die Beweise
 Er schaffe sehr viel
 und arbeite gut
 zu möglichst niedrigem Preise.
 — Man höre von ihm keine Klage,
 dann kommt er für Sorau in Frage.

Wie sich Herr Vogt in Sorau die Porzellanmalerei denkt.

Organisationsgeschichtliches der Porzellanarbeiter in England.

(Schluß folgt.)

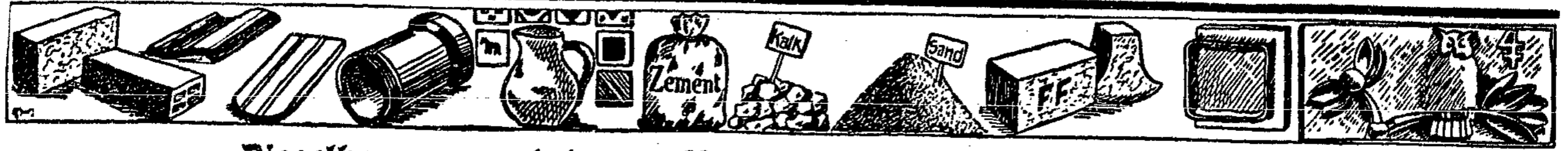
Mr. Harold Owen, Sohn von William Owen, der für viele Jahre Leiter einer Fabrik gewesen war, schreibt in seinem Buch „Staffordshire Potter“, dem wir die vorstehenden Tatsachen entnehmen, folgendes: „Sehr bald wurden sich die Führer der Arbeiter darüber klar, daß auswärtige Hilfe gesucht werden mußte, und es wurden Appelle herausgegeben an organisierte Berufe im ganzen Königreich.“ In einem Fall war der Appell bemerkenswert erfolgreich. Die organisierten Arbeiter von Sheffield boten den Porzellanern eine Summe von 2000 £ und sammelten 100 £, die sie als Geschenk sandten. Das großartige Beispiel wurde nachgeahmt durch organisierte Arbeiter in anderen Teilen des Landes. Nicht weniger als 3794 £ kamen als freiwillige Spenden in die Kasse der Porzellaner, und dem guten Darlehen von Sheffield folgten andere, die ziemlich 2000 £ ausmachten. Alles zusammen erhielten die Porzellaner 7000 £, von denen die Hälfte Darlehen, die andere Geschenke waren. Dieses Geld erlösten die Porzellaner von Sympathisierenden, die in gar keiner Verbindung mit der Porzellanindustrie standen. Die Porzellaner selbst spendeten ihre Ersparnisse und versetzten ihre Kleidung. William Evans, ein Gewerkschaftsführer, sagte in der Schrift: „Die Kunst und Geschichte des Topfwerkes“, die im Jahre 1845 in Hanley erschienen, folgendes: „Dieser Anstand dehnte sich aus über eine Periode von nicht weniger als 20 Wochen, und alles mögliche Ungemach nahmen die entschlossenen Arbeiter auf sich, ehe sie sich der größeren Macht der vereinigten Unternehmer beugten. Der Ruin kam in das Haus von vielen Arbeitern. Die Ersparnisse von vielen Jahren wurden zerstört in einer Zeit von 20 Wochen, und keine späteren Bemühungen konnten die verlorenen Summen wieder einbringen. Um den Streik zu verlängern, brachten die Porzellaner all ihr Geld und ihr Hausbesitz zu ihrer Zentrale.“ Der erschöpfte Organisationsfonds veranlaßte eine Anzahl Arbeiter zur Arbeit zurückzukehren.

Eine Anzahl Arbeitgeber waren froh, ihre Organisation verlassen zu können, und öffneten ihre Betriebe. Es wird gesagt, daß dies der Grund für die Unternehmer war, den Arbeitern Konzessionen anzubieten. Mr. Twemlow, ein höherer Beamter arrangierte eine Zusammenkunft in Betty. Das Arbeitsabkommen wurde durch die Unternehmer abgeändert, und das Gut-vom-Ofen-System wurde in folgender Weise abgeändert: „Ware, die als schlecht erklärt worden war und an der der Arbeiter Schuld hatte, sollte zerbrochen werden. Die andere schlechte Ware, wo die Schuld nicht bei dem Arbeiter lag, sollte bezahlt werden, und dem Arbeiter sollte ein Pfund sein, jede Woche eine Summe zu nehmen, die gleich zwei Drittel des Wertes der Ware betrug, die noch ungebraucht war. Der Arbeiter hatte jedoch noch immer zu warten bis seine Ware aus dem Ofen kam, ehe sie ihm gutgeschrieben wurde.“

Die Arbeitnehmer indessen betrachteten ihre Sache als verloren. Die Organisation brach zusammen wie ein Kartenhaus. Die Konzession der Unternehmer blieb ein Stück Papier. Das Gewerbe ging daneber, und die Arbeiter blieben unorganisiert. Die Unternehmer brachten nach und nach ein neues Lohnsystem (Allowance) zur Einführung. Dasselbe wurden für jeden Mitarbeiter vom Lohn des Porzellaners 2 Pence pro Schilling abgezogen und dem Hilfsarbeiter gegeben.

Mr. Evans sagte in bezug auf den Streik im Jahre 1836: „Am 29. Januar 1837 gingen die Arbeiter zurück zur Arbeit.“ Es waren 21 Wochen, daß die Arbeiter in 14 Fabriken die Arbeit niedergelegt hatten, und 10 Wochen vom Generalstreik an. Es ist bemerkenswert, daß während dieses industriellen Kampfes der größere Bedeutung hatte als irgendein anderer in der Porzellanindustrie und der stattfand zu einer Zeit wo die Gewerkschaften mit Abneigung in der Öffentlichkeit betrachtet wurden, und wo ein Streik als nichts anderes angesehen wurde als eine Rebellion, keinerlei Angriffe auf die Person oder das Eigentum der Unternehmer gemacht wurden. Die Stimmung war aufgeregt, und der Kampf war ein verzweifelter, aber die Arbeiter führten ihn mit einer hohen Zurückhaltung. Die Zeit einer Entsittlichung folgte.“

Im Jahre 1843 wurde eine neue Organisation gegründet, und mit ihr eine Zeitung mit dem Namen „The Potteries Examinator“. Die Führer waren alles Männer der religiösen Ueberzeugung. Sie betrachteten jede Frage vom Standpunkt einer strengen Moral und stützten ihre Argumente mit Ermahnung zur Tugend. Sie verfaßten ihre Kundgebungen in der Art von offenen Briefen, um die Unternehmer anzugreifen. In der heutigen Zeit würden die Gesetze diese Art nicht mehr zulassen. Sie wollten nichts wissen von einem Generalstreik im Gewerbe und versuchten, Mißbräuche Stück für Stück abzustellen. Der Abzug vom Lohn hatte sich in einzelnen Fällen erhöht von 3 bis 4 Pence, und die Organisation fand bei ihrer Geburt bereits einen Streik gegen zwei Firmen vor, die eine neue Methode zur Verminderung der Löhne eingeführt hatten. Der größte glatte Teller wurde Plate genannt, der nächste Twiffler, der kleinste Muffin. Einer der Unternehmer, dessen Arbeiter gestreikt hatten, hat die Namen der genannten Teller umgetauft. Er nannte nunmehr den Plate einen Twiffler, und den Twiffler einen Muffin, und den Muffin sandte er, wie die Arbeiter sagten, Gott weiß wohin mit anderen Worten, die Arbeiter hatten mehr und größere Teller für dasselbe Geld herzustellen. Ein anderes Ereignis war, daß zwei Arbeiter, die von den Vorgängen betroffen waren, fortgesetzt wurden, um ihren jährlichen Kontrakt zu brechen, was die Opposition gegen dieses System anspornte. Dieser Zweifelnstreik dauerte 9 Wochen und wurde endlich erfolgreich beendet, obgleich er der Organisation 3000 £ kostete. Aber die Aenderung der Namen der genannten Teller wurde nach und nach ein gebräuchliches Mittel, die Löhne zu erniedrigen. Einer der am wenigsten angesehenen Unternehmer hatte die Gewohnheit, selbst das Truckgesetz zu brechen und zahlte seine Löhne in Kleidern, Bijouteriewaren und Spezereiwaren. Von einem Unternehmer wurde erklärt, daß er seine Leute sogar mit Schweinelebern bezahlte. Die Organisation machte Anzeige, und die Mißbräuche wurden beseitigt. Das Abzugssystem wurde ebenso abgeschafft, und zwar ohne Streik, und die Abschaffung des Gut-vom-Ofen-System und der jährlichen Arbeitsanbahnung wurden von der Organisation in Angriff genommen.



Ziegelbrenner, wahr eure Rechte!

Die Entlohnung der Ziegelbrenner hat bei den Tarifverhandlungen in der Ziegelindustrie wiederholt Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen gegeben. Die Ziegeleibesitzer vertreten immer die Auffassung, die Brenner müßten möglichst lange arbeiten. Aber die Bezahlung könne und dürfe nicht nach der Dauer der geleisteten Arbeitsstunden erfolgen. Die Brenner hingegen sind anderer Meinung. Infolge der Verantwortung, die auf ihnen lastet, fordern sie eine Entschädigung, die dieser Besonderheit in gebührender Weise Rechnung trägt. In allen Verhandlungen der letzten Jahre lehnen diese Auffassungen wieder.

Durch die Tarifverträge sind auch die Arbeitszeiten und die Entlohnung für die Brenner geregelt. In den wenigsten Fällen ist es gelungen, die Arbeitszeit der Brenner auf acht Stunden pro Schicht festzusetzen. Die Ziegeleibesitzer behaupten, der Betrieb ließe die Beschäftigung von drei Brennern nicht zu. Bei drei Brennern schwinde die Verantwortung des einzelnen und bergleichen mehr. Die Organisationen können weder den einen noch den anderen Grund anerkennen. Sie wissen, daß es andere Gründe sind, weswegen die Ziegeleibesitzer für die Brenner am Zweifelschichtenystem festhalten.

Trotz aller Gegenargumente durch die Arbeitnehmerorganisationen war es jedoch nicht möglich, die Achtstundenschicht für die Brenner zu erreichen. In den meisten Tarifverträgen ist deshalb auch für die Brenner das Zweifelschichtenystem zugelassen. Es mußten Konzessionen gemacht werden, nicht nur wegen der Einstellung der Ziegeleibesitzer zur Brennerfrage, sondern auch wegen des Verhaltens vieler Brennerkollegen. Die Brenner sind eben leider noch zu oft der Auffassung, daß sie nur durch lange Arbeitszeit ihr Geld verdienen können. Die Arbeitnehmerorganisationen mühten infolge dieser Tatsachen vergeblich, die Bezahlung der Brenner so zu regeln, daß die Arbeitgeber wegen Einsparung von sich aus bestrebt wären, zum Dreifelschichtenystem überzugehen. Nicht überall werden die geleisteten Arbeitsstunden in der Bezahlung voll angedreht. Ueberstundenzuschläge für die Brenner sind in den wenigsten Fällen zu verzeichnen. Sonntagsarbeit wird nicht besonders entlohnt. Alles dies nützt die Arbeitgeber in ihrem Interesse aus, und deshalb halten sie am Zweifelschichtenystem der Brenner fest. Sie sparen an Löhnen und erhöhen ihren Gewinn. Sie wissen, daß, wenn drei Brenner beschäftigt werden, jede Stunde bezahlt werden muß. Da gibt es keinen Verzicht von Seiten der Brenner.

Ich bin überzeugt davon, daß diese Feststellung von unseren Brennerkollegen nicht überall anerkannt wird. Es sollen ja auch nicht alle Brenner dadurch betroffen werden, sondern nur jene, welche auf tarifliche Rechte verzichten, und deshalb eine bessere Regelung der Bezahlung der Brenner hinterstreichen. Die Zahl der Sünder ist wirklich nicht gering, wie ich leider in vielen Jahren meiner Tätigkeit habe feststellen können. Trotz einigermaßen günstiger Regelung verzichten vielfach die Brenner auf die Durchführung und Beachtung tariflicher Bestimmungen. Weil der Ziegeleibesitzer bei Arbeitsnahme erklärt: „Ich zahle bei zwölfstündiger Schicht nur für zehn Stunden“, finden die Brenner nicht den Mut, gegen dies Unsinnen Front zu machen und auf tarifliche Entlohnung zu bestehen. Sie denken, wenn ich einschließlich Sonntagsarbeit in der Woche auch 84 Stunden arbeiten muß, dann genügt eine Bezahlung für 70 Stunden. Kein rechnerisch ergibt sich dann auch, daß sie bei dieser Entlohnung etwa den Verdienst eines Akkordarbeiters erreichen, jedoch mit dem Unterschied, daß der Akkordarbeiter das Geld in 50 bis 54 Stunden, der Brenner jedoch erst in 70 Stunden verdient. So ist zu verzeichnen, daß die Brenner den Ziegeleibesitzern pro Woche 14—17 Stundenlöhne erparieren. Bei zwei Brennern macht das 28—34 Stunden. Ohne Zweifel ist dies ein feines Geschenk für den Ziegeleibesitzer. Sie quittieren dies Geschenk mit

Schmungeln und freuen sich, daß sie solch einschichtige Brenner haben.

Auch im Bezirk Müden-Ravensberg-Lippe gibt es eine ganze Anzahl Ziegeleibesitzer und auch Brenner, welche die tariflichen Bestimmungen umgehen. Der § 15 des Bezirksrahmentarifes für die Ziegeleindustrie besagt:

„Jede regelmäßige Schichtarbeit, ob bei Tag oder Nacht geleistet, ist zuschlagfrei. Die Arbeitszeit der Brenner beträgt zehn Stunden, ausschließlich der Pausen. Die Pausen werden zu zwei Stunden gerechnet und gelten als Arbeitsbereitschaft. Die Bezahlung erfolgt für zwölf Stunden zum tariflichen Stundenlohn ohne Zuschlag.“

Alle über 72 Stunden, einschließlich der Pausen, geleisteten Stunden der Brenner werden mit 25 Proz. Zuschlag vergütet, gleichgültig, ob sie als Ueberstunden zur Tages- oder Nachtzeit oder an Werk- oder Feiertagen, geleistet werden.“

Diese Bestimmung besagt also einseitig, daß im Zweifelschichtenystem zwölf Stunden zu bezahlen sind, und daß außerdem für die über 72 Stunden wöchentlich geleistete Arbeit ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt werden muß. Mit anderen Worten: Bei 84 Arbeitsstunden sind, einschließlich Zuschlag, 87 Stunden zu bezahlen.

Trotz dieser Tarifbestimmung sind viele Ziegeleibesitzer dazu übergegangen und zahlen nur 70 Stunden. Sie halten dem Brenner also 17 Stundenlöhne pro Woche ein. Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich die Brenner dies gefallen lassen. Aber eine Feststellung andererseits ergab, daß in den meisten Fällen so verfahren wurde. Nur selten ist es möglich, gegen den Arbeitgeber klagbar vorzugehen, weil die Brennerkollegen eine Vollmacht zur Einreichung einer Klage gegen den Ziegeleibesitzer nicht an den Organisationsvertreter ausschändigen. Verlobt waren wir allerdings, als wir erfahren konnten, daß auch der 2. Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes sich diese Praktiken zu eigen gemacht hatte. Herr Schierbaum von der Ziegelei der Anstalt Bethel glaubte besonders schlaue zu sein, um sich vor Nachforderungen zu schützen. Er hatte aber leider die Rechnung ohne den bösen Gewerkschaftssekretär gemacht. Herr Schierbaum verfiel nämlich auf den Gedanken, die Arbeitszeit für die Brenner im Betriebe durch Anschlag bekanntzumachen. Dieser Anschlag besagte, daß die Arbeitszeit für die Brenner zehn Stunden pro Schicht betrage, bezahlen aber wollte er ebenfalls nur zehn Stunden. Da aber nach dem Tarifvertrag die Arbeitszeit nur zehn Stunden beträgt, aber die Bezahlung für zwölf Stunden erfolgen muß, war eine Uebingung nicht möglich. Dies wollte der Herr 2. Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes nicht anerkennen. Vor dem Arbeitsgericht in Wiesfeld wurde er entsprechend befehrt; er mußte erkennen, daß Tarifverträge unter allen Umständen für die in Frage kommenden Mitglieder verbindlich sind. Auch sein Einwand, daß infolge der Schichtapparate die Arbeitsweise der Brenner eine andere geworden sei, konnte die Rechtslage nicht mehr ändern. Der Herr stellvertretende Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes mußte sich deshalb dazu bequemen, den zu wenig entrichteten Betrag an den Brenner auszuschändigen.

Aus diesem Vorgang, der leider noch zu oft in den Ziegeleibetrieben wiederzufinden ist, mögen alle Brenner erkennen, daß, wenn sie eine bessere Entlohnung erreichen wollen, dazu die erste Voraussetzung ist, die Regelung des Tarifvertrages unbedingt für sich in Anspruch zu nehmen. Sie müssen weiter aber erkennen, daß nur durch die Organisation ihre Interessen vertreten werden können. Den Ziegeleibesitzern möchten wir an dieser Stelle ebenfalls aber sagen, daß Verträge nur dann Wert haben, wenn sie auch von ihnen volle Beachtung finden. Wir werden unfernerleits darüber wachen, daß die tariflichen Bestimmungen durchgeführt werden. Jeden Sünder aber werden wir öffentlich an den Pranger stellen. August L i m e l.

Merkwürdige Vertreter der Ziegeleiarbeiter.

Unter dieser Ueberschrift erschien in der christlichen Gewerkschaftszeitung „Gut Brand“, Nr. 11, folgende Notiz:

Im Kreise Oppeln in Oberschlesien gibt es einen Ort, der sich Radau nennt. In diesem Ort steht eine Ziegelei, die ungefähr 24—25 Mann beschäftigt, 20 Leute waren nach Aussagen des Kassierers des „Freien Fabrikarbeiterverbandes“ dort organisiert. Betreut wird der Betrieb von einem Fräulein W., Angestellte des Freien Fabrikarbeiterverbandes. Nach dem § 19 des Provinzialmanteltarifes für die Ziegelindustrie in Schlesien steht den Ziegler ein Urlaub, je nach der Beschäftigungsdauer zu. Fräulein W. aber, als „Vertreterin des wertvollen Volkes“, teilt ihrem Vertrauensmann Th. mit, daß die Leute keinen Anspruch auf Urlaub haben. Sie schädigt also die Kollegen und Kolleginnen, die sie zu vertreten vorgibt, um den ihnen zustehenden Urlaub.

Fräulein W. konnte sich, als sie das erste Mal im Frühjahr 1929 da war, nicht genug tun über die Unfähigkeit der christlichen Gewerkschaftsangehörigen, und auf Grund vieler Nebenarten glaubten die Kollegen und Kolleginnen dort, denen wir eine Lohnaufbesserung von 7—8 Pf. pro Stunde gebracht hatten, daß sie zu mindestens nur das Doppelte erreichen würden. Feststellen mußten sie am Ende des Jahres 1929, daß ihr Lohn nicht um einen Pfennig aufgebessert worden war, trotz der vielen Versprechungen.

Vertretung ihrer berechtigten Interessen finden die Zieglerkollegen und -kolleginnen nur im Gewerksverein deutscher Ziegler.“

Zunächst muß ich, bevor ich auf die Unwahrheiten dieser Notiz eingehe, erklären, daß dieser Artikel mir die beste Handbietet, zu beweisen, daß die christlichen Gewerkschaftsangehörigen wirklich unfähige Menschen sind. Denn sie haben es trotz ihrer so großen konfessionellen Anhängerschaft in Oberschlesien noch nicht fertiggebracht, sie in eine machtvollere wirtschaftliche Organisation zusammenzuschließen. Obwohl Herr Barrer von den Ranzeln, die in ziemlich engen Beziehungen mit der Betriebsleitung stehen, ihnen helfen, steht die oberste christliche Arbeiterschaft den christlichen Gewerkschaften unsympathisch gegenüber. In diesem Jahre haben diese Funktionäre eine gute Ausrede, indem sie ihren Mitgliederrückgang auf die Schuld der freien Gewerkschaften abwänden, weil sie auf Grund ihrer eigenen Machtlosigkeit nichts gegen die Not der Arbeiterschaft unternehmen konnten. Wenn s. V. für Oberschlesien zuständige christliche Gewerkschaftsangehörige Brüder, der übrigens zu gleicher Zeit vor einigen Jahren bei den Christen und bei uns organisiert gewesen sein soll und von uns wegging, weil er bei den Christen mehr Chancen hatte, die verarmtesten Arbeiter in unlerer Gegenwart Oshen und Weithammel nannte und wir hinterher uns überzeugen konnten, daß der Barrer und der Lehrer als Beschützer und Hüter ihres Vorboten zu spät kamen, dann ist doch das beste Beweis, daß Herr W. mit hervorragenden Fähigkeiten einer gewissen Art ausgestattet ist, aber nicht als Führer der Arbeiterschaft in Frage kommen kann. Schließlich will ich auch nicht unerwähnt lassen, daß der genannte Ziegeleibetrieb, als wir ihn übernommen hatten, folgendermaßen ausgesehen hat: Keine gesetzliche Betriebsvertretung, die Ar-

beiterschaft bei der Landrankenasse als Landarbeiter angemeldet, unvorschriftsmäßige Auszahlung des Lohnes, und von einem Lohnarbitratrecht konnten und die Arbeiter nur einen solchen bringen, den wir als Fabrikarbeiterverband mit dem Arbeitgeberverband für das Ziegeleigewerbe abgeschlossen hatten, wonach der Kreis Rosenbergr in die 2. Lohnklasse einreichte war, im Betrieb Radau aber, zu jener Zeit, als die Christen am Ruder waren, die 4. Lohnklasse gezahlt wurde. Da nun aber der christliche Gewerkschaftsangehörige nicht dafür sorgte, daß dieser Ziegeleibetrieb als gewerblicher Betrieb bei der Berufsgenossenschaft und der Krankenkasse angemeldet wurde, haben wir diese Arbeit übernommen, bedauern nur auf Grund des langen Instanzenweges, besonders bei der Krankenkasse in Rosenbergr, daß diese Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Inzwischen hat der Betrieb auch fast fünf Monate stillgestanden, so daß nichts in dieser Zeit unternommen werden konnte.

Aus diesen angeführten Tatsachen kann wiederum festgestellt werden, wer merkwürdig oder intelligent ist. Jedenfalls muß aber schon die eine Tatsache festgehalten werden, daß der Urlaubsanpruch auf Grund des Provinzialmanteltarifes insofern noch zurückgestellt werden muß, weil aus diesen erwählten Gründen dieser Betrieb noch nicht unter dem Manteltarif für das Ziegeleigewerbe fällt. Im übrigen will ich noch hinzufügen, daß die Behauptung der Christen, daß ich dem Vertrauensmann gelangt haben soll, sie hätten keinen Urlaubsanpruch — g l a t t - w e g e r s u n d e n i s t. Darüber brauchen wir uns aber nicht zu ärgern, denn wir sind es ja gewöhnt, daß die Christen immer mehr hermoden, als wie sie eigentlich dazu befähigt und berechtigt sind. Das merkt man z. B. auch an den Lohnforderungen, wenn sie nur allein von den Christen eingereicht werden.

Zum Schluß will ich noch hinzufügen, daß der Artikelschreiber in „Gut Brand“ sich von mir noch sagen lassen muß, daß er mir insofern merkwürdig erscheint, daß er unter seine aufgestellte Notiz nicht den Namen gesetzt hat, und sich in Zukunft befleißigen muß, das Uebel an der Wurzel zu fassen, nämlich so lange zu graben, bis er das Uebel gefunden haben wird, welches den Baum vernichtete. Dazu gehört aber Mut und offenes, freies Handeln. In Oberschlesien gehört aber außer diesem Handel noch Ausdauer und volle Ueberzeugung zur Sache selbst, das unseren Arbeitsbrüdern und -schwägern in den Betrieben dient, damit sie endlich aus dem Chaos herauskommen und Licht wird in der miserabelsten Werkwohnung! Die Christen haben in Oberschlesien so manche Tür offenstehen, aus freien Gewerkschaften wird sie zugemacht. Warum wird sie uns zugemacht? Wenn der Berichtstatter des „Gut Brand“ einmal sich der Mühe unterziehen würde, nachzuforschen, dann würde er gleichfalls unseren Weg gehen, und von den Christen würde er expediert werden. Ja, des Menschen Wege gehen verabschieden. Trotzdem aber brechen sich Wahrheit und Gerechtigkeit immer mehr Bahn. Wir werden dann so manche merkwürdige Gestalt erblicken, die herumirrt und nicht die Kraft besitzt, zuzugeben, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse doch etwas anders aussieht, als mit Unwahrheiten zu jonglieren.

Est. Prof.

Unternehmerrache.

Es ist bekannt, daß zur Zeit fast alle Unternehmer der Bohnenfaltung das Wort reden, weil nach den Behauptungen der Unternehmer in erster Linie durch Lohnkürzungen eine Verringerung der Wirtschaftslage zu erreichen sei. Es soll in diesem Zusammenhange nicht darauf hingewiesen werden, daß durch Lohnherabsetzungen wohl einzelne Unternehmer für sich größere Gewinne erzielen können, niemals aber durch eine Verminderung des Einkommens der Arbeiterklasse eine Besserung der gesamten Wirtschaftslage zu erreichen ist. Wie das nachstehend abgedruckte Schreiben eines Unternehmers beweist, das der Zahlstelle Hannover des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands vor einiger Zeit zugeht, gibt es nicht nur Unternehmer, die fortgesetzt einen Lohnabbau erstreben, sondern auch solche, die es am liebsten sähen, wenn die Arbeiter so quasi ganz umsonst arbeiten würden. Es handelt sich bei dieser Antwort um einen Unternehmer, den Sägewerksbesitzer N a b e r in Schieder (Lippe), sowie um zwei Ziegeleiarbeiter, die zur Zeit im Bezirk Hannover beschäftigt sind und im April dieses Jahres annähernd zwei Wochen durch die Vermittlung des Revierförsters in Elbringen (Lippe) mit dem Abschalen von Fichtenstämmen bei dem obengenannten Sägewerksbesitzer beschäftigt waren. Trotz mehrmaligen Bemühungen war es unseren beiden Kollegen bisher nicht gelungen, ihren verdienten Lohn ausbezahlt zu erhalten. Die Lohnforderung des einen Kollegen betrug 50 RM, die des anderen Kollegen 50,75 RM. Kürzlich erluchten nun die beiden Kollegen den Verband, sich um die Auszahlung ihres Lohnes bei jenem Sägewerksbesitzer zu bemühen. Die hiesige Zahlstellenleitung ließ daraufhin dem Unternehmer mit Schreiben vom 10. Juni die Aufforderung zugehen, den beiden Arbeitern nun endlich ihren rückständigen Verdienst ausbezahlen. Darauf erhielt der Verband folgende Antwort von dem Unternehmer, die wir nachstehend wörtlich wiedergeben:

Georg Naber,
Dampfsägewerk, Schieder in Lippe.
Fernruf: Amt Schieder Nr. 5.

An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
Hannover, Nikolaisstraße 7, III.

Antwortlich Ihres Schreibens vom 10. d. M. teile ich Ihnen mit, daß der Betrag von RM 100, auch 75 Pf.) heute an den Revierförster Debye in Elbringen bezahlt ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen zur Aufklärung bekanntmachen, daß Sie nur Scheinbar mit Ihrem Schreiben den genannten Verbandsmitgliedern gebietet haben, tatsächlich jedoch den Interessen dieser zwei Arbeiter schaden, denn ich werde in Zukunft mit dem Abschalen von Fichten grundsätzlich nur solche Leute beschäftigen, die außerhalb der gewerkschaftlichen Zone stehen. Ich habe bereits anderweitig ca. 800 im Fichten schälen lassen und kann feststellen, daß diese Arbeit sogar besser ausgeführt war, obwohl diese Leute nicht organisiert waren und in Ueberrast der ungemein schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechende Rücksicht in ihren Forderungen zeigten. Daß mir solche Leute, die den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen, bestimmt sympathischer sind, dürfte Ihnen wohl auch einleuchten.

Schieder i. L., den 13. 6. 1930.
Hochachtungsvoll
Georg Naber.

Also weil die beiden Arbeiter so anbruchsdiel waren, für die von ihnen geleistete Arbeit auch ihren verdienten Lohn zu beanspruchen, deshalb will jener Unternehmer den organisierten Arbeitern den Droskorf höher hängen. Wenn der Unternehmer für die von ihm gelieferte Ware Bezahlung verlangt, dann ist das eine Selbstverständlichkeit; verlangen die Arbeiter für die von ihnen geleistete Arbeit jedoch ihren verdienten Lohn, nachdem sie auf diesen schon volle zwei Monate gewartet haben, dann brüht der Unternehmer Rache. Bei den lipplischen Ziegeleiarbeitern und allen anständig denkenden Menschen wird die feindselige Einstellung dieses Unternehmers gegen die Arbeiter im allgemeinen, und gegen die organisierten im besonderen, sicher die nötige Beachtung finden und entsprechend gewürdigt werden.

Langburkersdorf.

Betriebsperrre! Ueber den Betrieb Dachziegel-fabrik G. m. b. H. Langburkersdorf bei Neustadt in Sachsen wird vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramikher Bund, Zahlstelle Sebnitz, Bezirk Neustadt, die Sperre verhängt.

Zugang ist streng fernzuhalten!

Bekanntlich bestehen für die Ziegelindustrie im gesamten Freistaat Sachsen seit Monaten Lohnhöhenunterschiede, weil man der Arbeiterschaft zumutet, 10 Proz. billiger zu arbeiten. Der stellvertretende Schlichter für Sachsen hat bekanntlich dem Schlichterspruch, welcher die bisherigen Löhne sicherte, die Verbindlichkeit besagt. Mit dieser Maßnahme glauben die Arbeitgeber für sich besondere Geschäfte machen zu können.

Im Langburkersdorfer Werk will man jetzt arbeiten lassen (sein Teil steht in Arbeit und dieser Teil soll die Vorarbeiten zur Aufnahme des vollen Betriebes sichern), aber die Belegschaft soll einen Revers unterschreiben, welcher die Tragung des Lohnabbaues der Arbeiterschaft auferlegt. Dieses Verlangen hat die Belegschaft einstimmig abgelehnt, worauf der in Arbeit stehenden Ofensolonne per 2. Juli 1930 gekündigt worden ist. Wir warnen alle Zieglerkollegen und Zieglerkolleginnen sowie die übrige Arbeiterschaft, jetzt in diesem Betriebe zu arbeiten. Die Gesamtverwaltung der Zahlstelle Sebnitz.

Der neue Weltpakt bei Del und Chemie.

Der deutsche Farbentrust steht mit der größten Petroleumgesellschaft der Welt, der Standard Oil Co., in enger Verbindung. Beide üben gemeinsam das Hydrierverfahren bei der Gewinnung von Benzin aus. In Amerika wurden nach Patenten der I. G. Farbenindustrie große Anlagen zur Ausübung des Hydrierverfahrens errichtet. Dadurch wurden Rohöl und Rückstände wesentlich besser ausgenutzt. Nunmehr ist auch der zweite große Petroleumtrust der Welt, die Royal-Dutch-Shell-Gruppe, mit der I. G. Farbenindustrie in Verbindung getreten, zwecks Auswertung des Hydrierfahrens bei der Benzingerinnung. Die beiden Petroleumgesellschaften und die I. G. Farbenindustrie werden eine gemeinsame Zentralorganisation errichten, in der die Hydriermethode zusammengefaßt und entwickelt werden soll. Damit ist ein sehr bedeutsames Bündnis zwischen Del und Chemie zustande gekommen. Die drei in Frage kommenden Unternehmen zählen zu den bedeutendsten und größten der Erde. Die Kapitalverflechtung und die technische Verbundenheit der Großunternehmungen wachsen von Tag zu Tag.

Gau- und Zahlstellen

Gau 8 Zahlstellenleiter-Konferenz.

Am 22. Juni 1930 traten die Vertreter der 46 Zahlstellen mit rund 45.000 Mitgliedern im schönen Almenau in erster Stunde zu einer Konferenz zusammen. Es waren 5 Vertreter des Vorstandes, des Keramikischen Bundes und der Zentralbranchenleitungen Porzellan und Glas, 6 Mitglieder des Gauvorstandes und 115 Delegierte anwesend.

Über das Thema „Aufstieg oder Niedergang, wirtschaftlich politische Betrachtungen“ sprach in längerer Ausführungen der Kollege Schneider, Erfurt. Er ging aus von offiziellen Verlautbarungen der Spitzenorganisation der deutschen Industrie und maßgebender Industrieller zu den wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Tagesfragen und präziserte die Stellungnahme der freien Gewerkschaften dazu. Der Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit liegt, nachdem außenpolitisch eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, in der Verteilung der durch den Krieg dem deutschen Volke erwachsenen Lasten. Das Unternehmertum will den Hauptteil der Lasten auf die Schultern der arbeitenden Schichten abwälzen. Die Weltwirtschaftskrise, verbunden mit der katastrophalen Arbeitsmarktlage in Deutschland, soll zum rückwärtsgehenden Vorgehen, zu tief einschneidenden Verschlechterungen der für die Erhaltung der Arbeiterklasse unerlässlichen sozialpolitischen Gesetze und Einrichtungen und zu neuer steuerlicher Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgenutzt werden.

Alle bürgerlichen Parteien im Reichstag stellen sich schüßelnd vor die Interessen der Besitzenden. Mit allen Mitteln versucht das Unternehmertum mit seinen reichen Geldmitteln erneut Organisationen großzuziehen, die als Gegenspieler gegen die freien Gewerkschaften gedacht sind. Die gelben Wertvereine, Stahlhelmhilfs- und Nazibewegung sind die Früchte dieses Beginns. Dieser Kampf gegen die Fundamente des proletarischen Klassenkampfes, gegen die freien Gewerkschaften, ist jedoch nichts Neues. Gelbe, Streikbrecherorganisationen, Reichsligandenband und ähnliche Gebilde haben wir vor dem Kriege auch gehabt. Wir haben das überwunden und werden mit den neuesten Unternehmerrschlingen auch fertig werden.

Die Strukturwandlung der Industrie, verbunden mit den reaktionären Absichten der Industriellen und dem Zusammenbruch privatkapitalistischer Wirtschaftsweise schaffen und formen aber auch den modernen Industriearbeiter, der immer gebietlicher ausschlaggebendes Mitbestimmungsrecht auch in der Wirtschaft verlangt.

Die freien Gewerkschaften sind als die maßgebendsten Organisationen dieser um wirtschaftliche Mitbestimmung ringenden Arbeiter- und Angestelltenkreise anzusprechen. Von ihrer Stärke wird es abhängen, wann und wie die angebotenen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit entschieden werden.

„Ob Ruhe oder Sturm — das unerschütterliche Vertrauen zum Verbande über alles; kein Raum für wirtschaftliche oder politische Scharlatane und ihren Lockungen — dann wird der Sieg unser sein“, mit diesen Worten schloß der Kollege Schneider unter allgemeinem Beifall seine Betrachtungen.

Nach kurzer, den Gedankengängen des Referenten zustimmender Debatte, wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen das geplante Verbot auch der soliden Werkskassen wendet.

Unter Verbandsangelegenheiten gab der Kollege Karl vom Hauptvorstand unter Bezugnahme auf das bevorstehende 40-jährige Verbandsjubiläum einen Überblick über die Lage im Verband. Trotz beispielloser Wirtschaftskrise steht der Verband fest und unerschütterlich. Die Organisation wird beläuft von rechts und links. Aber diese Duplizität der Ereignisse wird weiter dazu beitragen, die innere Festigkeit und Geschlossenheit zu stärken; denn die gesellschaftlichen Vorgänge beweisen die Richtigkeit unserer Stellungnahme zu allen wichtigen Fragen. Der Kollege Karl schloß mit einem warmen Dank an alle treuen Mitarbeiter für unsere Sache.

Anregungen der Konferenz, der gewerkschaftlichen Jugendarbeit größere Aufmerksamkeit zu schenken und Zahlstellenleiter- oder Geschäftsführerkonferenzen in kürzeren Zeiträumen abzuhalten, wurden von der Gauleitung ergänzt bzw. im zustimmenden Sinne beantwortet.

Nach der Mittagspause fanden sich die Konferenzteilnehmer und viele Gäste zur Ehrung der Kollegen E. Hoffmann und H. Dornheim anlässlich ihres 40-jährigen Angestellten-Jubiläums zusammen. Die Verdienste der beiden Kämpfer sind in den Verbandsorganen bereits geschilbert worden. Musik- und Gesangsstücke rahmten den Gruß der Jungen an die Alten und die Ansprachen der Vertreter verschiedener Verbandseinrichtungen ein. Der Kollege Karl übermittelte Grüße und Dank des Hauptvorstandes und der Gesamtmitgliedschaft. Grünzel begrüßte in hamorvollen Ausführungen die Jubilare im Auftrage des Keramikischen Bundes; die Zentralbranchenleiter Abel und Girbig gedachten der Mitarbeiter ihrer Industriegruppe, und der Kollege Erdmann begründete die Auftrage der Gauleiter die beiden Kollegen. In schönster Harmonie fand auch dieser Teil der Tagesordnung sein Ende.

Rinteln-Jubiläumsfeier.

Die Zahlstelle Rinteln a. d. Weser des Fabrikarbeiterverbandes, Abteilung Keramikischer Bund, feierte am 15. Juni ihr 30-jähriges Jubiläum.

In zwei mit Blumen geschmückten Tafeln saßen 87 durch Kämpfe erprobte Kollegen als Jubilare. Im Namen der Zahlstellenleitung begrüßte der Kollege Böhm die Festversammlung. Sein besonderer Gruß galt den Jubilaren und deren Frauen. Warme Worte des Dankes richtete er an unsere Alten, die dem Verband bei allen Gefahren die Treue gehalten haben. Eine besondere Freude sei es ihm, führte er aus, den Jubilaren als bescheidenen Dank die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde überreichen zu dürfen. Hierauf erteilte Kollege Böhm unserem alten Kollegen Emil Girbig das Wort, der es sich nicht hat nehmen lassen, als Gründer unserer Zahlstelle an unserer Feier teilzunehmen.

Kollege Girbig überbrachte den Jubilaren Gruß und Dank des Hauptvorstandes. Besonderen Dank sagte er deren Frauen, die in den durch Maßregelung und sonstigen Schikanen hervorgerufenen schweren Zeiten dem Manne treu und opferfreudig zur Seite standen. Die Gründung unseres Verbandes ließ er vor unseren Augen entstehen und betonte, daß die junge Zahlstelle Rinteln im Jahre 1901 bei dem Generalfest der Glasarbeiter ihre Feuerprobe bestanden hat; auch schilberte er die Schwierigkeiten unter dem Sozialisten- und Vereinsgesetz, worunter unsere alten Jubilare sehr zu leiden hatten. Dann kam nach dem Weltkrieg die Revolution, die Republik und das Erstarken der Gewerkschaften, ferner der Wirtschaftstiefpunkt, die Tarifverträge, das Betriebsrätegesetz. Alles dies konnte nur ertragen werden, weil unsere Jubilare schon frühzeitig erkannt hatten, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Einen mahnenden Appell richtete Kollege Girbig an die jungen Kollegen und Kolleginnen. Sie sind es, die weiterhin an die Befestigung des Gebäudes, welches unsere alten Kollegen und Kolleginnen errichtet, zu arbeiten haben, damit es auch fernerhin allen Stürmen trohen kann. Einräumigen Beifall sollte die Versammlung dem Jubilare Girbig für seine herzlichen Worte. Den Dank der Jubilare sprach in deren Namen der Kollege Böhm aus, sowie das Gelobnis, dem Verband unermüdet Treue zu bewahren. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß Kollege Böhm die Versammlung. Ein Tanzkränzchen hielt die Anwesenden noch einige Stunden in schönster Harmonie beisammen.

Die Fabrikarbeiter.

Trostlos und müde, schwer wie Blei,
Vergehen unsere Tage,
Im grauen Alltagsenerfel
Mit dumpfem Flügeltschlage.
Wenn kaum erblüht das Morgenrot
Beginnt der Kampf ums farge Brot.

Wir schreiten hin mit müdem Blick,
Die Tore gähnen offen,
Der du mit eintrittst, laß zurück
Dein Sehnen und dein Hoffen.
Profit, Profit heißt diese Welt
Und ist des Mammonteufels Feind.

Die Hungerpeitsche schwirrt und droht
In lärmerfüllten Hallen,
Die Arbeitslosigkeit und Not
Will täglich uns umkrallen.
Und Schreie, wie ein Schwert gezückt,
Hat der Maschinenlärm erstickt!

Der Teufel treibt das Räberspiel
In rasend schnellem Gange,
Das rote Gold ist Bred und Ziel
Mit seelenlosem Klange.
Der Mammon auf dem Höhentron
Treibt mit der Menschheit Spott und Hohn.

Wir sinken matt in tiefen Schlaf,
Oh noch die grünen Bäume
Des Frühlingssmonds Silber traf.
Und selbst in unsre Träume
Weht Räberbrausen und Gestamp
Der Kolben, Flüche, Blut und Dampf!

Es soll und muß, was wir geglaubt,
Kämpfend Erfüllung werden!
Arbeit! Erbebe frei dein Haupt!
Du seilst der Tempel werden
Darin wir hüten heil'ge Blut,
Daß nie verfliehet der Freiheit Blut!

Erdwig Origo.

In der Berichtsperiode wurden zahlreiche Veröffentlichungen herausgegeben, die in allen Weltteilen Verbreitung fanden. Weiter stellte der IGB. eine Reihe von Erhebungen an, die vor allem einen interessanten und nützlichen Meinungsaustausch zwischen den Organisationen der angeschlossenen Länder ermöglichten.

Dem eigentlichen Tätigkeitsbericht ist ein Anhang mit ausführlichen Berichten der Landeszentralen und Berufssekretariate über die Jahre 1927/28/29 beigefügt. Der Tätigkeitsbericht des IGB. gibt ein klares Bild des Standes der internationalen Gewerkschaftsbewegung und kann als wertvoller Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden.

Christliche Wahrsager.

Man braucht nicht gleich an eine Pigeunerin zu denken, oder an eine weise Frau in Berlin, im Dunkeln sitzend, mit einer Kule auf der Schulter, den Totenkopf und die Bibel auf dem Tisch.

Wahrsagen kann auch „Gut Brand“, das Verbandsorgan des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes.

Es dreht sich wieder einmal um die Invalidenunterstützung. Als wir ihre Einführung auf dem letzten Hamburger Verbandstag beschlossen, hat Kollege Adler erklärt, daß wir nunmehr bis zum nächsten Verbandstag die Auswirkung der neuen Unterstützungseinrichtung abwarten müssen, um einwandfrei auf Grund praktischer Erfahrung feststellen zu können, ob wir mit dem hierfür in Rechnung gestellten Betrag auskommen. Wenn nicht, werden wir uns auf dem kommenden Verbandstag erneut mit der Angelegenheit beschäftigen.

Nunmehr hat Kollege Adler auf einer kürzlich tagenden Zahlstellenkonferenz erklärt, daß wir nach den bisherigen Erfahrungen schon wissen, daß auf dem nächsten Verbandstag jedenfalls neue Mittel für die Invalidenunterstützung aufgebracht werden müssen.

Das alles ist logisch und selbstverständlich und geht niemand etwas an, und die Christlichen brauchen uns nicht zu helfen. Aber stänkern muß „Gut Brand“ doch. Er schließt seine beziehungslos „freundschaftlichen“ Betrachtungen mit den Worten: „Es kommt schon so, wie wir vorausgesehen haben.“

Wenn wir uns wieder einmal mit Zukunftfragen befassen, werden wir uns von den Christen Wahrsagen lassen.

Literarisches.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Das Handwörterbuch, welches eine fühlbare Lücke in der gewerkschaftlichen Literatur ausfüllt, wird unter Mitarbeit von Joh. Sassenbach, Albert Thomas, Sidney Webb, Adam Stegerwald und Anton Erkelenz herausgegeben von Prof. Ludwig Heyde und verlegt von der Werk und Wirtschaft Verlagsgesellschaft, Berlin. Das Werk behandelt unter besonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Länder die Geschichte, Soziologie und Praxis des internationalen Gewerkschaftswesens, die organisatorischen und theoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung und die sachlichen Beziehungen der Gewerkschaften zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und Politik. Es kommt nicht nur Vertretern der freien Gewerkschaften zu Wort, sondern auch Vertreter der gemäßigten Verbände. Das Handwörterbuch ist deshalb ein allseitig informierendes und umfassendes Nachschlagewerk in allen die Gewerkschaften betreffenden Fragen. Wir können die Anschaffung wärmstens empfehlen. Das Handwörterbuch wird in etwa 4 bis 5 Lieferungen zum Preise von je 22,50 RM. bei Subskription 28 RM. erscheinen. In Anbetracht der Bedeutung dieses Werkes hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6a, das Generalvertrieb an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter übernommen. Weitere Auskünfte werden von dort gern erteilt.

Der volkstümlichste Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. „Vorhengen, nicht abtreiben!“, von Luise Otto, erschien in der Verlagsbuchhandlung W. Pfanckuch & Co., Magdeburg, bereits wieder in neuer Auflage. Das weitverbreitete Büchlein liegt nunmehr im 136.—145. Tausend vor. Diese hohe Auflagenziffer bezeugt von vornherein das anhaltende Interesse, das dem vorliegenden Thema entgegengebracht wird und beweist gleichzeitig, daß die Broschüre ihren Zweck im Sinne des Tils erfüllt. Stichwortartig wird hier in einleitenden Absätzen das Unerwünschte des 218. wie des § 184 behandelt, und in volkstümlichem Ton eine Darstellung der Methoden der wesentlichen Vorbeugungsmittel gegeben. Die 72 Seiten starke Broschüre, die nur 80 Pf. kostet, kann nur immer wieder allen Müttern und jungen Leuten empfohlen werden. Einer von vielen Einsendern schreibt dem Verfasser: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für Ihren Mut zu danken, mit dem Sie hier die heikle Frage einmal rücksichtslos offen behandeln. Eine soziale Regierung würde jedem Brautpaar gratis auf dem Standesamt Ihre Broschüre ausshändigen. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Schrift noch manches Hunderttausend weiterer Auflage. gez.: Dr. L. U.“ Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen.

Verbandsnachrichten

Heilbronn.

Die ausgeschriebene Geschäftsführerstelle ist besetzt. Gewählt ist Kollege Hans Walbani aus Heilbronn an der Weser. Allen Bewerber unseren besten Dank.

Döbeln.

Unser Büro befindet sich vom 1. Juli 1930 an in Döbeln, Burgstr. 1, part. Die Zahlstellenverwaltung.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Karl Frebert, Eime-Dorfstr., geboren am 10. Juli 1888, Nr. 943 435, eingetreten am 14. Juni 1919 in Barel, ist bei einem Einbruch gestohlen worden. Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt werden, ist es dem Vorzeiger abzunehmen und an die Zahlstelle Dortmund I, Kapuzenstr. 88, II, zu senden.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 8a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle: Sbehoe: August Logewski, Buch-Nr. S II 637 454; Hermann Mollenhauer, Buch-Nr. S II 137 185.

Arbeitsmarkt.

(Anserate unter Chiffre werden nicht ausgenommen.)

Suchen zum sofortigen Antritt zwei perfekte Maschinen-glasmacher, System „Ruffler-Schiller“, für Sprühmündungen und Doppelformarbeit. Meldungen an Alwin Henze, Hilbesheim, Hochampstraße 26. (38/30)

Komplette Werkzeuge, die auf Meißel eingearbeitet ist, für sofort von erster böhmischer Glashütte gesucht. Bewerber müssen tschechiger Nationalität sein. Offerten an Richard Walzer, Mittel-Schreiberhau, Schwarzberg-Walde. (39/30)

Ein tüchtiger, zuverlässiger, älterer Bize-Wassermeister, für 160 Blöde, wird für sofort gesucht durch Poliermeister Frelle in Sperthammer/Dpf., Post Nube-Wildenaue. (40/30)

Vorzellandrehler, der im An- und Auslauf tätig war, sucht Stellung als Frei- oder Grobdecker. Antritt kann sofort erfolgen. Gesf. Angebote an Rudolf Dering, Saubert, Nordstr. 1.

Tüchtiger Graben-, gut eingearbeitet auf alle vorkommenden Arbeiten, sucht für bald Arbeit im In- oder Ausland. Angebote an die Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes Weiswasser (D.-L.), Gölthiger Straße 45.

Tüchtiger, lebiger Formengießer, 23 Jahre, sucht für sofort Stellung. Gefällige Angebote erbeien an Alfred Möller, Rottensack in Ebur.

Tüchtiger lebiger Formgießer, gut eingearbeitet in Gebrauch- und Luxusgegenständen, zur Zeit arbeitslos, sucht geeigneten Arbeitsplatz. — Gesf. Angebote an die Zahlstellenleitung des Fabrikarbeiterverbandes Darmstadt, Bismarckstr. 19, erbeien.

Internationales

Tätigkeitsbericht des IGB. 1927/1929.

Der dem Stockholmer Kongreß vorzulegende Tätigkeitsbericht des IGB. über die Jahre 1927/28/29 vermittelt eine gute Übersicht über die zahlreichen und vielfältigen Leistungen des IGB. auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Kampfes.

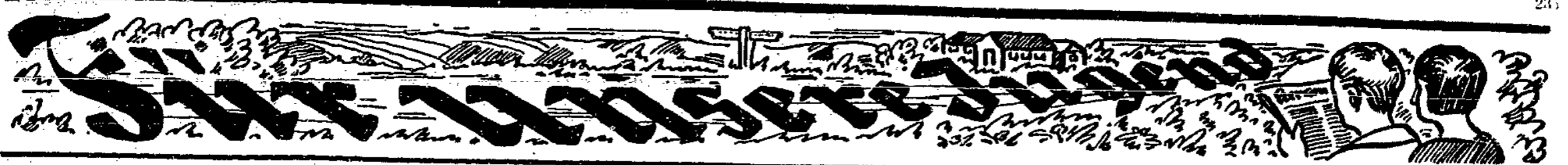
Wenn man berücksichtigt, daß sich in den vergangenen Jahren die Wirtschaftslage aller Länder dauernd verschlechtert hat, so ist es erhellend, daß der IGB. seinen Mitgliederbestand nicht nur halten, sondern um einige Hunderttausende vergrößern konnte. Das gleiche gilt für die internationalen Berufssekretariate. Sowohl der IGB. als auch die IBS. umfassen jetzt als 13 Millionen Mitglieder. Weiter sind dem IGB. drei neue Landeszentralen beigetreten: der griechische Gewerkschaftsbund, die estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südwestafrika.

Erste Anstrengungen wurden in der Berichtsperiode gemacht, um mit nichtangeschlossenen Organisationen und Landeszentralen in Beziehung zu kommen. In einem ausführlichen Kapitel sind diese Bemühungen geschildert, die sich nicht nur auf die einzelnen noch nicht angeschlossenen Landeszentralen in Europa beschränkten, sondern auf die Länder aller Weltteile ausdehnten. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Verhältnis zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund sowie zum Panamerikanischen Gewerkschaftsbund gewidmet. Wenn die Anstrengungen des IGB. nicht den gewünschten Erfolg hatten, so ist ein wichtiger Grund hierfür der (wie dies auch der Bericht klar hervorhebt), daß der IGB. nur Landeszentralen aufnehmen kann, während sich in den meisten der europäischen Weltteile eine zentralisierte freie Gewerkschaftsbewegung erst langsam zu entwickeln beginnt.

Die Beziehungen zu den internationalen Berufssekretariaten (IBS.) waren ausgezeichnet. Die vom IGB. festgelegte Politik bezüglich des Beitritts russischer Organisationen zu den IBS. wurde voll und ganz eingehalten. Ueberhaupt läßt der Tätigkeitsbericht deutlich erkennen, daß der Einfluß Moskaus in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen ist und daß, wenn die Angriffe der Russen auch nicht völlig aufgehört haben, sie doch aufgehört haben, Eindruck zu machen.

Die Abschnitte über die Sozialgesetzgebung und die Wirtschaftspragen stellen eingehend die Bemühungen des IGB. dar, seinen Einfluß sowohl auf sozialpolitischem als auch wirtschaftlichem Gebiete zu vergrößern und besonders auf den internationalen Arbeitskonferenzen die Interessen der Arbeiter stärker zur Anerkennung zu bringen. Die Behandlung eines internationalen sozialpolitischen Programmes sowie eines internationalen Wirtschaftsprogrammes auf dem Stockholmer Kongreß ist ein Beweis dafür, wie große Bedeutung der IGB. diesen beiden Fragen zumißt, und wie stark er bestrebt ist, auf diesen für die Arbeiterklasse wichtigsten Gebieten eine einheitliche internationale Politik herbeizuführen.

Auch der Jugendbildungsarbeit und den Arbeiterinnenfragen widmete der IGB. seine Aufmerksamkeit. Ernsthaft setzte er sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen und der Lage der Arbeiterinnen ein.



Fabrikarbeiterjugend und Verbandsjubiläum.



Das 40-Jahr-Jubiläum regt zu Betrachtungen über das Wirken unseres Verbandes für seine jugendlichen Mitglieder, wie für die Fabrikarbeiterjugend überhaupt an, sowie über die Stellung der Jugend im Verbandsleben.

Vorgezeichnet ist das Wirken des Verbandes für die Jugend in den Bestimmungen des Verbandsstatuts und in dem von den freien Gewerkschaften aufgestellten Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Im Verbandsstatut ist festgelegt: „Erfämpfung eines weitgehenden Schutzes für jugendliche“ u. „Pflege und Förderung der körperlichen und kulturellen Heranbildung der jugendlichen Mitglieder.“ Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit behandelt das Aufgabengebiet ausführlich. In ihm wird unter dem Abschnitt „Allgemeine Erziehungs- und Bildungsaufgaben“ gesagt: „Die Gewerkschaften haben die Jugend im Geiste des Sozialismus heranzubilden.“ Weiter betont es: „Schutz der Jugend gegen Ausbeutung, körperliche und geistige Schädigung sowie Sorge für gute Berufsausbildung sind notwendig. Gründliche und umfassende Bildung muß den jugendlichen zuteil werden, um sie zu wertvollen Menschen werden zu lassen.“ Gefordert wird: Die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der jugendlichen durch die Gewerkschaften; Verbesserung und Erweiterung der gesetzlichen Jugendbeschäftigungsbestimmungen bezüglich der Arbeitszeit, Pausen, Sonntagsruhe und der Beschäftigung von Lehrlingen in der Heimindustrie; Verbot der Aushilfsarbeit für Lehrlinge; Verbot jeder Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren in Gewerbe- und Handelsbetrieben und in der Hausindustrie; besonderer Schutz der jugendlichen in gesundheits- und lebensgefährlichen Betrieben; Verbot von Uebererschreitungen der achttündigen Arbeitszeit; mehrere Wochen Ferien unter Weiterleistung der festgesetzten Vergütung; Kontrolle aller Betriebe auf Einhaltung der Jugendbeschäftigungsbestimmungen durch behördliche Inspektionen in Verbindung mit Gewerkschaftsbeauftragten; Rechtssprechung über Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis jugendlicher durch die Arbeitsgerichtsbarkeit; bei Arbeitslosigkeit ausreichende und geschickte Arbeitslosenunterstützung; Beratung und Hilfe bei der Berufswahl durch Berufsberatungsstellen; Reform des Lehrlingswesens; Sicherung der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiterorganisationen in paritätischen Ausschüssen zur Regelung der Lehrlingsangelegenheiten; Verbot von Lehrlingshaltung in dazu ungeeigneten Betrieben; Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen und Dauer der Lehrzeit; öffentliche Jugendfürsorge durch Jugendämter; Mitwirkung der Gewerkschaften bei allen Maßnahmen der Jugendfürsorge, Jugendgerichtshilfe, Berufsberatung, Lehrlingsvermittlung und Jugendgerichtshilfe. Gefordert wird auch gute Berufsausbildung und Ausbau der Berufsschulen.

unserem Verband ist es gelungen, für einen großen Teil der jugendlichen in den aufstrebenden Industrien die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Besonders energisch wendeten sich die Unternehmer gegen die Erfassung der Lehrlinge durch Tarifverträge. Die Arbeitgeber wollen die jugendlichen noch stärker, wie die jugendlichen Arbeiter allgemein, als billige Arbeitskräfte ausnützen. Sie behaupten, die Lehre sei ein Ausbildungs- und Erziehungsverhältnis; eine tarifliche Erfassung sei deshalb nicht zulässig und es könne auch kein Lohn, sondern nur eine „Erziehungsbefähigung“ in Frage kommen. Trotz dieser Gegnerschaft müssen jetzt die meisten unserer jungen Kolleginnen und Kollegen

nach tariflichen Bestimmungen entlohnt werden. Ohne tarifliche Regelung wäre es mit der sowieso großen Entlohnung noch viel schlechter bestellt.

Dem Drängen der Gewerkschaft ist es gelungen, den Jugendschutz zu erweitern, und in vielen Einzelfällen wurde durch das Eingreifen unserer Verbandsfunktionäre erreicht, jugendlichen, die mit zu schweren und gesundheitsgefährlichen Arbeiten beschäftigt worden sind, andere, für sie besser geeignete Arbeit zuzuwiesen.

Der Verband hat es auch erreicht, daß unsere jugendlichen jetzt, gestützt auf tarifliche Bestimmungen, alljährlich Ferien unter Fortbezahlung ihres Lohnes bekommen. Dadurch wird ihnen die Möglichkeit gegeben, sich von den Anstrengungen der Arbeit zu erholen, längere Wanderungen zu unternehmen, ihr Wissen von Land und Leuten zu erweitern.

Die von den Gewerkschaften gesicherte achttündige Arbeitszeit ermöglicht es der Jugend, nach Feierabend Sport zu treiben und sich weiterzubilden.

Zur Weiterbildung und Schulung für den Kampf um die Erhaltung und den Weiterausbau der Rechte aller Art der Arbeiter liefert der Verband in der Jugend in den Verbandszeitungen und sonstiger Literatur geeignetes Material. Unsere Verbandszeitungen bringen jetzt regelmäßig in kurzen Zeitabständen unter besonderen Abschnitten eigens für die Jugend bestimmte Abhandlungen. Auch ist einer beträchtlichen Anzahl von jugendlichen die Möglichkeit gegeben, an Schulungskursen unserer Verbandschule oder auch anderen Schulungseinrichtungen der freien Gewerkschaften teilzunehmen.

In letzter Zeit bemühen sich viele Fabrikstellen, die Jugendbewegung in unserem Verbandsverband durch besondere Veranstaltungen stärker als bisher zu fördern. Vorträge, Lichtbilder, Jugendtreffen und andere Veranstaltungen mehr werden für den Nachwuchs im Verbandsverband arrangiert.

Alles in allem: der Verband bemüht sich um die Fabrikarbeiterjugend — er ist ihre Interessensvertretung. Das kann um so mehr behauptet werden, weil ja nicht nur das direkte Wirken für die Jugend in deren Interesse liegt, sondern auch das gesamte Wirken des Verbandes. Auch jeder für die älteren Mitglieder erreichte Vorteil wirkt sich einmal für die jetzt noch jungen aus.

Die Fabrikarbeiterjugend müßte bei richtiger Würdigung dieser Tatsachen ohne Ausnahme zum Verband gehören und sich an den Jugendveranstaltungen beteiligen. In dieser Hinsicht bleibt jedoch noch manches zu wünschen. Gewiß treffen die Klagen mancher „Alten“ über die Interesselosigkeit der Jugend weit daneben. Falsch ist aber auch die Behauptung, die heutige Jugend sei „nur“ noch für Sport und Lustbarkeiten zu haben, aber nicht für den Verband. Eine solche Beurteilung verallgemeinert Einzelfälle. Unsere Jugend soll sich sportlich betätigen, sie soll auch dem Leben angenehme und aufheiternde Seiten abzugewinnen versuchen. Die Arbeiterbewegung braucht lebensstüchtige und auch lebensfreudige Menschen. Mit vollem Recht kann aber auch von unserer Jugend verlangt werden, daß sie sich vor allem dem Verband gegenüber verpflichtet fühlt. Der Verband sichert ihr Freizeit und Ferien, der Verband verbessert ihren Lohn, er überwacht und vermeidet den Schutz gegen die Gefährdung von Gesundheit und Leben bei der Arbeit.

Diese Erkenntnis gewinnt bei unserer Jugend an Raum. Die Zugehörigkeit zum Verband, die wachsende Beteiligung an der gewerkschaftlichen Jugendbewegung, und der starke Zudrang zu den Schulungseinrichtungen sind Beweise dafür.

Die Fabrikarbeiterjugend weiß: unser Verband ist ihr Verband. Sie erkennt ihre Pflicht, das von der älteren Generation Geschaffene zu erhalten und weiter auszubauen. Sie hat auch den festen Willen, gemeinsam mit den älteren Verbandsmitgliedern die Errungenschaften des Verbandes zu verteidigen und mit aller Energie die Verwirklichung der Ziele des Verbandes anzustreben.

A. Karl.

diger, eindrucksvoller Beweis dafür, daß die Jugendabteilung unseres Verbandes schon recht erfolgreiche Arbeit geleistet hat und daß trotz der kurzen Zeit, seit der die Jugendfragen eine besondere Bearbeitung und Beachtung in unserem Verbandsleben erfahren, der gewerkschaftliche Gedanke schon sehr viele überzeugte und begeisterte Anhänger unter der Fabrikarbeiterjugend gefunden hat, so daß der Verband der Fabrikarbeiter schon eine stattliche „junge Garde“ sein eigen nennt, die eine Gewähr dafür ist, daß die Jugend die Ziele der alten Gewerkschaftler unentwegt im Auge behalten und die Arbeit der alten Gewerkschaftler mit Erfolg fortsetzen wird.

So verlief die eindrucksvolle Veranstaltung, die allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben wird und ein eindrucksvoller Beweis für den Idealismus und den heiligen Eifer war, mit dem die junge Generation der organisierten Arbeiterklasse unermüdet am weiteren Ausbau der Gewerkschaften arbeitet, und der eine sichere Bürgschaft für den endlichen vollkommenen Sieg der Arbeiterklasse ist. Freund-

Paul Müller.

Jugend soll sich tummeln.

Aber wo? Das wird die Frage vieler sein, die Ostern die Schule verlassen. Wo können wir das forsieren, was mit zu den Lieblingsstunden des Unterrichts zählte. Wer machte nicht von all den Mädeln und Jungen ein frohes Gesicht, wenn es hieß, wir haben jetzt Turn- oder Spielstunde? Und wie schnell verging diese? Wenn dann die Schule aus war, aha, „heißt“ nach Hause, die Sachen abgelegt, hastig das Essen heruntergeschlungen und raus zum Spiel. Das war alles eins. Wo nur ein freier Platz aufzutreiben war, nings anders frisch-fröhliche Tummeln. Wieviel Unrecht wird aber hierbei getan? Unrecht den Eltern gegenüber, die nicht immer ruhigen Herzens an „ihren Stolz“ denken, in der Hoffnung, ihn bei einretender Dunkelheit wiederzusehen und berechtigt ist diese Unruhe; schreiben doch täglich die Zeitungen über Unfälle von Kindern beim Spielen — größtenteils auf Fahrlässigkeit beruhend —, die oft zur Verkrüppelung führen, ja auch mit dem Tode enden. Sehr in Frage gestellt ist es auch, ob die „wackeren Kämpfer der Straße“ bei ihren Spielen die öffentlichen Ordnungsvorschriften beachten. Wie oft muß der Parkwächter oder der Schutzmann wegen Nichtachtung dieser Vorschriften in Tätigkeit treten.

Diese Spielereien werden nicht nur von der Schulfugend gepflegt, auch die „reife Jugend“ ist zum großen Teil daran stark beteiligt. Ob dieser Reiztreib die Kleidung an in Mit-Leidenschaft zieht oder nicht, danach wird nicht gefragt. Die Hauptsache ist die Freude an der Spielerei.

Warum die Sorgen der Eltern und Erzieher um die Sicherheit und Kleidung der sich wild tummelnden Jugend? Es gibt genug Gelegenheit, die Spiel- und Tummelleidenschaften der Jugend in geordneten und überwachten Bahnen abwideln zu lassen. Viele Sport- und Turnvereine mit Spielplätzen, allen möglichen Geräten und Lehr- und Aufsichtspersonen warten auf diese Jugend. Die Vereine geben nicht nur die Möglichkeit, sie sportlich oder durch Wanderungen zu beschäftigen, sondern lassen ihr auch Vorträge belehrender Art zukommen.

Nun die Frage der Auswahl der Vereine. Es darf nicht gleich sein, welchem Verein der jugendliche beiträgt. Es müßte Selbstverständlichkeit der Eltern sein, ihre Kinder nur in die Arbeiterturn- und Sportvereine zu schicken. In ihnen wird die Vorausbildung einer ordentlichen und gesunden Plebe der Leibesübungen in die Tat umgesetzt. Sie sind weaner des auf Perionentlust, Sensationshalderei und Weisterjimmel abgerichteten Sportbetriebs anderer Vereine, sie pflegen Leibesübungen auf volkssportlicher Grundlage.

Was ist dagegen zu tun?

Ja, was soll man dagegen tun, wenn die heutige Jugend Sonntag für Sonntag hinauswandert in die Natur, um nach sechstägiger Arbeit sich zu erholen? Dagegen ist gar nichts zu tun. Deswegen sind auch die Versammlungen nicht leer. (Wie der Kollege W. Bod in seinem Artikel „Jugend und Arbeiterklasse“ im „Keramischen Bund“ Nr. 22 vom 31. Mai behauptet.) Versammlungen macht man Sonntags überhaupt nicht, oder nur, wenn es sehr notwendig ist. Eine sportbegeisterte Jugend, wie wir sie heute haben, geht natürlich bei schönem Wetter nicht gleich nach Feierabend in eine Versammlung. Es liegt auch an den alten Kollegen mit, wenn in Versammlungen das junge Volk fehlt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß selten mal ein Kollege zu einem „Stift“ sagt, er soll mit in die Versammlung kommen. Man unterhält sich auch auf der Arbeit nicht mit dem Stift über Gewerkschaftsfragen. Er darf bloß zuhören, wenn die Vetteren erzählen etwas sagen, oder mitreden darf er gar nicht; denn er ist noch zu „grün“ und „unverfäbrt“. Das ist nicht etwa übertrieben, ist es noch schlimmer. Man stärkt tatsächlich in den jungen Kollegen das Minderwertigkeitsgefühl, man läßt ihnen richtig fühlen, die jungen Kollegen können doch nicht aktiv arbeiten in der Bewegung. Und dann wundern man sich auch noch, wenn die Jungen nicht gleich eintreten auf die leergewordenen Plätze der Funktionäre. Drücken wie ein Alp legt sich das Unbehagen und die Angst um die große Sache des Kampfs und Abwehrgebantens auf alle Gemüter, und die Schuld — — schiebt man der Jugend zu, die in Wirklichkeit gar nicht schuld ist. Die bisherige Erziehung der Jugend für unseren Kampf war eben falsch. Diese alte bürgerliche Erziehung müssen wir abwerfen. Die Alten dürfen sich nicht erheben über die Jugend fühlen, sonst gewinnen wir sie nicht, sondern stoßen sie ab. Wir haben eine Jugend, die kampfbereit und entschlossen ist, aber sie will auch ernst genommen sein. Es ist für alle Kollegen schwer, sich in die Gedankengänge der Jugend zu finden, aber ein freundschaftliches Verhältnis sollte und müßte bestehen. Man soll auch die Meinungen und Wünsche der jungen Kollegen hören und ernstlich bedenken, wenn sie auch nicht vollkommen oder undurchführbar sind. Höre und beachte man sie nicht, dann kann man auch nicht die Bedürfnisse der Jugend kennenlernen, die wir ja soweit wie möglich erfüllen wollen. Eine sportbegeisterte Jugend, welche für Licht, Luft, Sonne und Naturschönheiten schwärmt, vergißt nur Gewerkschaftsarbeit, weil sie nicht dazu erzogen worden ist. Dinga kommt noch, daß viele junge Proletarier den Sinn des Lebens in bürgerlichen Vergnügungen sehen (Tanzen, Kino, Schmalzliteratur usw.), und dadurch von uns weggezogen werden. Wir müssen noch viel Versäumnisse auf dem Gebiet der sozialistischen Erziehung der Jugend nachholen. Aber wir sind nicht allein. Das wir eine hilfs- und kampfbereite Jugend haben, davon konnte der Gewerkschaftsjugendtag am 14. Juni in Magdeburg Zeugnis ablegen. Es gilt, dieser Jugend Mittel und Raum zur Entfaltung zu geben. Dann brauchen wir auch keine Angst um die große Sache des Kampfs und Abwehrgebantens der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften zu haben.

F. F. R.

Die mitteldeutsche Gewerkschaftsjugend trifft sich in Magdeburg.

Am 14. und 15. Juni 1930 fand in Magdeburg ein Treffen der Gewerkschaftsjugend Mitteldeutschlands statt. Dazu hatten die im Fabrikarbeiterverband organisierten jugendlichen eine starke Abordnung entsandt, die in Magdeburg herzlich begrüßt wurde.



Zur ersten Kundgebung versammelten sich die Jugendgruppen der freien Gewerkschaften in der Stadthalle, wohin die Jugendgruppen in geschlossener Menge durch die Stadt marschierten. Der prächtige Festsaal der Stadthalle war der rechte Rahmen für die stattliche Versammlung der begeisterten sozialistischen Gewerkschaftsjugend. Musikstücke leiteten die Veranstaltung ein. Dann folgte die Begrüßung durch den Ortsauschuß des A.O.B. Bezirk Mitteldeutschland. Singen da schon die Wegen der Begeisterung hoch, so erscholl stürmischer Jubel. Als der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grafmann, die Jugend begrüßte und zu ihr über die Bedeutung der Gewerkschaften im allgemeinen und über die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftsjugend sprach. Und ganz sicher haben die an-

wesenden jungen Arbeiter und Arbeiterinnen nach der eindrucksvollen Rede des Kollegen Grafmann erneut, den seltenen Vorsatz gefaßt, auch zu ihrem Teil an der Befreiung der Arbeiterklasse mitzuarbeiten und das zu vollenden, was die alten Vorkämpfer der Gewerkschaftsbewegung begonnen haben.



Mit dem gemeinsamen Gesang einiger Freiheits- und Kampflieder der Arbeiterklasse und mit Musik schloß die Veranstaltung, die gewiß auf alle Beteiligten erhebend gewirkt und bei allen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat. Im Anschluß an die Versammlung fand ein Fackelzug der freigewerkschaftlich organisierten Jugend statt. Es war nicht ohne tiefere symbolische Bedeutung, daß die Jugend in ihren Händen das Licht trug, das die Nacht erhelle und den Weg in eine schönere Zukunft wies. So ging der Marsch in freudiger Begeisterung durch die Stadt zum Ringplatz, wo ein Sprechchor noch einmal zu Töne und Singende an die Ziele der Arbeiterbewegung erinnerte.

In dem Zuge fiel die Jugendabteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter besonders auf. Die sehr zahlreich anwesenden jungen Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen waren ein leben-

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

„Nacht den Spaß!“ rüllte der Bauer und schlug mit seiner berben Faust die schwächliche Hand des Lehrers zur Seite. „Ist euch das Mädel etwas wert, dann geht ihm aus dem Wege. Sie ist zu schade, als daß ihr ein Federlescher den Kopf verbrocht. Solche Mädel glauben, daß es ernst gemeint ist und fänden sich aus dem Irrgarten nicht mehr heraus. Ein Pferd, das einmal in einem gräßlichen Stalle gestanden hat, geht nimmer richtig vor einem Bauernpfluge. Versteht Ihr mich?“

Ernst Seeliger stand unschlüssig vor dem stämmigen Bauern. Er fühlte seine Unterlegenheit gegenüber dieser Unwissenheit und schmerzenden Offenheit. Für einen Augenblick kam ihm der Gedanke, zur Kammer zurückzugehen und mit Suschka über die Dinge zu sprechen. Dann verwarf er die Überlegung. Der Bauer merkte die Ratlosigkeit. Mit leisem Spott und ein wenig Gutmütigkeit klopfte er Ernst Seeliger auf die Schulter und sagte: „Geh heim! Leberchluß! Ihr werdet mir recht geben. Einem Schulmeister steht es auch nicht gut an, einem Mädel etwas zu nehmen, wofür man nichts Rechtes geben kann. Gute Nacht!“

Der Bauer ging ins Haus und warf die Haustür schwer in das Schloß.

Der Güntherbauer ging wie im Traume umher. Nichts verriet aber, was ihn berührte und nicht mehr ließ. Aber die Augen, die nun immer und immer wieder den weichen, feinen, gelinden Mädchenkörper umfuhren, das Gesicht mit dem frischen, roten Mund, die schlanken, durch das dünne, bunte Leinen des Gewandes nach den Mädchenbrüsten und dem Mädchenhals hindurchbrannten: diese gierigen und listernen Augen verriet ihm. Noch mehr berriet ihn. Als der Bauer nicht mehr in das Haus kam, änderte er sein Verhalten zu Suschka. Er sprang hinzu, wenn sie die beiden schweren Wassereimer zur Küche brachte. Er balbete nicht, daß sie den beladenen Karren zum Felde hinausfuhr, sondern legte sich den Gurt selbst über die Schultern. Er fuhr dem kleinen Andreas, der zeitweilig in der ersten Frühjahrsfröhen auf der Bank vor dem Hause saß, freundlich über die Wangen und scherzte in seiner groben Art mit ihm, nachdem er gesehen hatte, daß sich Suschka darüber freute. Am Abend brachte er die Reisigbündel selbst zum Rückenberde, was doch in all den Jahren vorher Frauenarbeit, Mädelarbeit gewesen war.

Suschka merkte von diesem stummen Verben nichts. Sie war in Larabe, daß Ernst Seeliger nicht mehr kam.

Der Bauer merkte ihre Verpöhrtheit. In seiner Art deutete er sie auch richtig.

„Jetzt ist sie schwach“, dachte er, „jetzt wird ein freundliches Wort Wunder wirken, sie in meine Arme zu bringen.“

Nachdem sie eben in die Kammer emporgestiegen war, schlich er mit bloßen Füßen, den Atem verhaltend, die steile Treppe empor. Aber vor der Kammertür verließ ihn sein Mut. Er stand im Dunkeln und lauschte auf die Worte drinnen, hörte ihr Umhergehen, das Knarren des Bettes und die ruhigen Atemzüge. Unschlüssig stieg er wieder hinauf, ging zur Hoftür hinaus und kam plöckernd durch die Haustür in die Stube. Den sorgenden Blicken der Bäuerin wich er in seinem Schuldbewußtsein aus. Doch an seinem Wesen wurde die innere Larabe nur zu deutlich merkbar.

„Er wird mir in seiner Torheit schon in die Karte spielen“, dachte die Bäuerin in ihrer Eifersucht und spähte nach allen Seiten aus. Und der Güntherbauer ließ ihr auch rasch genug in das Gahr.

Der Andreas ist nun bald wieder auf den Weinen“, begann er eines Abends nachdem er wieder minutenlang vor der Kammertür unschlüssig gestanden hatte, zur Bäuerin, „er ist doch ein frommer Bursch. Wenn er alles überstanden hat, nimmt er einen Sad Korn mit Beichtigkeit auf die Schulter.“

„Worauf willst du hinaus?“ fragte die Bäuerin und suchte vergeblich seine Augen.

„Man muß die andere Stube herrichten und dem Andreas eine Schlafkammer schaffen“, antwortete er, „es ist nicht gut.“

Sie trieb ihn in die Enge und fragte nur: „Warum?“

Er ärgerte sich, daß sie als Weib diese Notwendigkeit nicht sehen wollte, und zürnte: „Sie ist ein fleißiges und ordentliches Mädel. Da muß man ihr auch entgegenkommen. Wer hält denn die ganze Wirtschaft instand? Du kannst doch vom Herd nicht weg!“

„Du!“ fiel die Bäuerin mit drohender Stimme ein und sah ihm in die Augen. „Lass dich warnen. Neben mir hat eine zweite Bäuerin nicht Platz.“

„Was willst du da? Was plagt dich?“

Seine Stimme unterdrückte nur schwer den aufsteigenden Groll. Man merkte ihm an, wie er sich selbst kurz am Ärmel hielt, wie man es wohl mit einem störrischen Pferde tut. Dann lenkte er den Blick vor ihren forschenden Augen, griff nach dem Feuerheben und zog warme Striche auf den Dienenbrettern.

„Ich weiß, wie es um dich steht.“

Ganz langsam sprach es die Bäuerin und behielt ihn fest im Auge. Der Bauer trat noch immer den Kopf zur Erde geknickt und bot ihr nur den breiten Rücken dar.

„Ich verhebe dich nicht“, tröste er.

„Geg das Schürchen weg!“ verlangte sie, „man weiß nie, was ein Näherer meint, wenn man ihm etwas Unangenehmes sagt. Und die Wahrheit ist dir nicht genehm.“

Der Güntherbauer war ärgerlich den Feuerheben in den Reithosen. Die Wern an den Schößen schmolzen zu dünnen Strichen auf. Nur mit Mühe beherrschte er sich noch, er bröckelte mit beiden geballten Fäusten und schlug dann, jedes Wort unterdrückend, krachend mit der Faust auf den Tisch: „Du bist ein Spürhund! Du bist kein Weib! ... Du bist vom Reid getrieben! ... Du bist ...“

„Versteh dich nicht hinter meine Worte“, fuhr die Bäuerin krachend auf. „Du meinst, ich hab' es nicht gemacht, wie du den letzten Näheren zur Roubstanz herangezogen hast? ... Wolltest du nachsehen, ob die Federmaße ...“

„Und seit wann zieht der Bauer die Stiere? Was wird steigt in bloßen Füßen in seinem Hause zum Boden hinauf? ... Du willst der Suschka nach. Und sie wird dich schon in die Kammer nehmen, wenn du ihr nur verzeihst, daß sie einmal als Bäuerin in diesen Herd ist. ...“

„Hier liegt das Schürchen im Reithosen? ...“

„Der Bauer sprach auf. Seine Augen quollen hervor. Er knallte die Fäuste.“

„Du!“ rüllte er hilflos. Vor seinen Augen tanzten rote Schatten.

„Ihr vergeht Euch, Bauer“, klang Suschkas Stimme in sein Ohr, und zwei Arme umfaßten ihn von hinten und rissen ihn von der Bäuerin zurück.

Schmerzend fuhr er der Bauer mit dem Rockärmel über die Augen, um die roten Schattungen zu verschleichen. Dann richtete er sich hoch auf und sah mit bettelnden Augen Suschka an.

„Du!“ stammelte er, „du? ... Nun, es ist ja gut, wenn du jetzt alles weißt. Dann brauch' ich dir nichts mehr zu sagen. ... Ich ... kann das alles nicht mehr mit mir herumschleppen. ... Auch mit der dort nicht!“

Er wies auf die Bäuerin, die zusammengefunken und verängstigt im Lehnstuhl saß.

Suschka schüttelte leise den Kopf. „Geh ins Bett, Bauer“, sagte sie leise und mit ganz ruhiger Stimme, in der auch kein Zittern war, „ich bleibe die Nacht über hier am Herd sitzen. Kummert Euch aber morgen früh beiseiten um das Vieh.“

„Suschka!“ schrie er auf.

Er ging auf sie zu. Sie wich nicht zurück. Vor ihrem festen Blick und ihrem blauen, starren Gesicht sankte er die Augen, stand einige Augenblicke regungslos und taumelte dann schwerfällig und ächzend zur Tür hinaus. Bald darauf hörte man draußen das rostige Tor kreischen.

Am frühen Morgen, als kaum die Märzsonne über die morgenvoten Wolkenstriche hinausblitzte, klang Suschka fröhlich zur Kammer hinaus. Sie weckte den Jungen: „Andreas, steh auf und mach dich fertig. Wir gehen heim.“

Er verstand sie nicht und rieb sich die schlaftrunkenen Augen klar. „Wo hin?“ fragte er benommen.

„In meinen Eltern.“

Sie schweig, und er wagte nicht mehr zu fragen. Ungeschickt ging er ihr zur Hand. Suschka hatte ein Bettlaken auf die Diele gebreitet, trug den geringen Kram und die wenigen Taschengeldstücke des Bubens zusammen und verknötete das Laten mit den vier Zipfeln.

„Nun komm!“ sagte sie leise und nahm Andreas bei der Hand, während sie mit der linken den gezipfelten Baden über der Schulter hielt.

„Warum?“ begann Andreas jetzt das Fragen.

„Später!“ gab sie kurz zur Antwort.

Das gute Buch.

Wer ein neues Buch in der Hand hat, der blättert zuerst unwillkürlich einmal in dem Buche. Von vorn nach hinten. Von hinten nach vorn. Hier und dort ruht sein Auge ein wenig auf einer Seite, die durch irgendein Wort, eine Überschrift aufgefallen ist. Und dann legt man es hin, voll Erwartung.

Wie manches Buch haben wir schon gelesen, und doch ist die Erwartung bei jedem guten Buche immer wieder schön. Es gleicht einer Knospe, die sich da vor unserem Auge öffnen soll, und etwas wie Ehrfurcht vor dem ewig neu wachsenden Leben, das sich da in jedem Kleinsten regt, kommt über uns.

Und wir lesen und lernen und werden gepackt. Und wir lehnen auch ab. Aber wird nicht in jedem Fall beim Lesen des guten Buches ergriffen. Denn in ihm offenbart sich uns immer das Leben, das Streben, das Wollen, das Wachsen. Und sind es Paragrafen: von lebendigen Menschen für Menschen gemacht.

Das gute Buch ist Form gewordene geistige Kraft. Knospe am wachsenden Baume des geistigen Lebens. Frühling, der ohne Ende ist, solange noch Menschen im Buche wollen, weisen, glauben, kämpfen und schaffen.

Und da sollten wir, die wir das Leben wollen mit seinem Rechte, in dieser Zeit des Blühens draußen ohne das Buch sein? Bücher sind nicht nur für den Winter bestimmt!

Der Ausgesteuerte.

Es kam einer über den geräumigen Bagerplatz. Mit langen Schritten, die Knie eingebogen, den Kopf ein wenig vorgestreckt, so kam er herangejogelt. „Wie ein Wüstenschiff“, meinte ein Kollege.

Nun stand er vor uns. Auf seinem Kopfe saß ein harter Hut, der bis über die Ohren ging. Blaue geflickte Bluse und Schürze offenbarten den Proletariat. In der Hand hielt er einen Kaffeekrug für zwei.

Nach einem „Guten Morgen!“ rief er ohne weiteres seine Jacke herunter, stülpte die Hemdärmel hoch und blickte treuhertzig seine Umgebung an.

Der Vorarbeiter hatte, halb lachend, halb verwundert, dem jungen Manne zugehört, nun fragte er ungeduldig, was das werden sollte, wer ihn geschickt habe. „Ich bin ein Arbeiter und will hier arbeiten. Euer Chef hat mich angenommen, auf wie lange, das weiß ich nicht.“ Dabei hatte er eine dastehende Schanzel ergriffen und blickte erwartend an.

Wir standen und schauten unseren neuen Helfer an, maßen ihn vom heißen Gut bis zum durchgelaufenen Schuhwerk. Und jung war er. Sein hageres Gesicht zeigte Spuren der Not und Entbehrung. Aber ungebengte Entschlossenheit strahlte aus seinen hellen Augen entgegen. Doch nicht ohne Mitleid dachte ich daran, daß diese junge Kraft ihr Bestes hergeben müßte, um unsere schwere Arbeit abzuhalfen.

Von Beruf bin ich Tischler, aber zugreifen kann ich, glaubt's mir.“ Dabei ließ er seine Muskeln spielen und fiel wie ein Leisel über die ihm jetzt zugewiesene Arbeit her. Er schaukelte zwischen zwei Tür, er Zeit hielt er, von Schweiß triefend, ... und trat in wilden Zügen seinen Krug bald leer.

Nun war er den dritten Tag bei uns. Mit Feuer bei der Hand las uns von den Augen ab, was er uns nur irgend helfen konnte. „Ob man mich für dauernd behalten würde?“ fragte er mich leise. Dabei sah er mich so bittend an, als könnte ich gar nicht anders als ja sagen.

und er schüttelte mir sein Herz aus. „Sieh, ich bin schon so ... ausgesteuert, und bin bei fremden Leuten in Logis. Ich muß Arbeit haben, das ist meine einzige Rettung. Ich habe nur noch die Mutter, sie wohnt nicht hier, sie kann mich auch nicht unterhalten. Und ich bin noch jung, ich will auch ein wenig vom Leben haben.“ ... haben kein Frühstück, als er mir das anvertraute. Ich sah in kein hübsches Gesicht, in dem jetzt die Augen so traurig blickten. Verwundert wurde ich gewahrt, daß er keinen Bissen ab. Meiner Frage nach er beschämt aus, er habe keinen Hunger. Armer, jünger Volksgenosse. Wir teilten und halfen ihm über die Verlegenheit hinweg. Wie sah ich einen Menschen das Brot so verschlingen wie ihn. Dann ging's erneut an die Arbeit. Doch schnell rounte er mir zu, er wäre schon längst verheiratet, wenn ihm nicht sein Mädel in seiner großen Not hilflos zur Seite stände. Ob ich sie leure, ob, es wäre ein goldiges Mädel.

Da stürzte er los, die Karte mit Geld zu füllen. Vier Viertel Geld und vier Zentner Last. Eine große Strecke über der Hof, da schwillen schon bei einem kräftigen Manne die Ader an wie Stränge. Ich sah ihn zum Tor hereinwinken. Bitternd und leidend vor Anstrengung drallte er an den Torpfosten. Krachend kürzte die Karte um und zerrte ihn wie einen Strohhalm hinterdrein. Obwohl zerwunden, stand er im Nu wieder

Niemand im Hause trat ihnen in den Weg. So ging der Auszug still vor sich. Draußen auf der Dorfstraße schritt Suschka mit dem Bündel auf dem Rücken stolz und erhabenen Kopfes an den Häusern entlang. Da oder dort trat jemand vor das Haus oder drückte sich die Nase an den kleinen Fenster-scheiben platt. Suschka sah nicht nach rechts und links und stellte sich, als sähe sie diese Neugier nicht.

Dann kam die ärmliche Behausung des Häuslers Gomilezsch. Das verwitterte und windzerrißene Schobendach hing wie eine schiefe Mütze über das Gesicht.

„Komm hier herein, Andreas.“ Das ist nun deine neue Heimat. Nicht allzu lange mehr!“ jagte Suschka und stieß die schiefhängende Tür zum Vorgarten mit dem Fuße auf.

Vater Gomilezsch stand am Hackloß und mühte sich, einen kiefernen Wurzelknorren klein zu kriegen. Als die beiden „Guten Morgen!“ riefen, sah er sich nur kurz um, zog die Augenbrauen für einen Augenblick hoch, dankte dann auf den Gruß und blieb bei seiner Arbeit.

In der Haustür stand Mutter Gomilezsch. Sie nahm Suschka den Baden hilfsbereit von der Schulter und sagte nur auf den Morgenruss: „Komm herein, Suschka. Es wird schon für eine Weile gehen. Mach dir nichts daraus. Du wolltest ihm wohl nicht zu Willen sein?“

„Wir wollen nicht darüber reden, Mutter“, erwiderte Suschka, „es ist nur für eine kurze Zeit. Ich geh mit den anderen nach Sachfen. Der Andreas hat noch ein Jahr zur Schule. Dann ist er auch soweit. Er zieht dann mit mir.“

„Komm in die warme Stube“, sagte Mutter Gomilezsch, „der Kaffee ist halb fertig.“

Sie gingen in die Stube und legten den Baden in die Ecke. „Wo soll der Andreas schlafen?“ fragte Mutter Gomilezsch, während sie am Herd hantierte und dann die Tassen auf den Tisch stellte.

„Er schläft mit mir in meiner Kammer.“

„So? ... Es wäre auch noch anders gegangen.“

„Lacht es so. Es sind nur noch wenige Tage“, und sich näher zur Mutter wendend, setzte sie hinzu: „Seid gut zu dem Andreas. Sorgt bis Jahr noch für ihn. Ich selber werde mich schon durchbringen.“

(Fortsetzung folgt.)

auf den Füßen. In wilder Wut riß er das angebrochene Wein der Karre vollends ab und knallte es in eine Ecke.

„Das ist Tierquälerei!“ stöhnte diese junge Menschenseele. Sie schrie für tausend andere Geknechtete der jungen Generation.

„Jugend in Not!“ Ausgesteuert, ausgehungert, plötzlich zu fürberlich viel zu schwerer Arbeit gezwungen, so wird aus ihrer Jugend ein Martyrium. Die Seele des jungen Lebens geht langsam und sicher zugrunde. Sie kennt kein Licht, keine Helle, aus der sie sich die Kraft zur Lebensfreude saugen könnte.

Dann kam der Sonnabend. Und er wurde abgetan, als wenn man ein Stäubchen von der Schulter fegt. Seine Eingwendungen galten nichts. „Ich habe Sie nur für einige Tage angenommen, das habe ich Ihnen gleich gesagt, da Sie sich nicht abweisen ließen. Nun kann ich Sie nicht mehr länger beschäftigen, mein möglichstes habe ich getan.“

Sein stummes Witten wurde nicht beachtet, so wandte er sich um und ging ... Ausgesteuert — ausgehungert — Menschen-schändung.

Das große Geschehen.

Von Dr. Gustav Hoffmann

Jeder einzelne hat seine eigene Welt. Es gibt Ereignisse, die nur den einzelnen treffen, auf das schwerste ergreifen, auf das freudigste erregen und von denen schon der nächste Nachbar und Kollege gar nichts weiß. Doch im großen Geschehen, im Wachsen der Welt, im Reisen und Vorwärtsschreiten der Menschheit, da gibt es nur eine Erde, und nach den ewigen, ehernen, großen Gesetzen“ des Erdballs vollzieht sich der Welt geschichtliche Wachsen überall.

In seinen Gedanken weist Wilhelm Michel auf die „Europäischen Kunstbeziehungen“ hin. Mit Staunen sehen wir, so schreibt er, so oft wir über die Grenzen schauen, in Frankreich, in England, in Rußland die Berufsgenossen um Probleme bemüht, die im Innersten unserer Brust aufgetaucht zu sein schienen. Mit Staunen gewahren wir, daß wir gewisse fremdländische Gedanken und Werke manchmal besser kennen als Dinge, die Wand an Wand mit uns entstanden sind. Und wir können aus diesen Beobachtungen nur die Lehre ziehen, daß die Zeitgenossenschaft weiter reicht als unser Land. So war es stets zu allen Zeiten der Geschichte. Immer, wenn wahrhaft Großes geschah, fühlte nicht nur ein Land das neue Regen. Es war z. B. nicht etwas Außergewöhnliches, daß da einst ein Buddha in Indien seine Lehre gekündet hat, aus der dann die verbreitetste aller Weltreligionen wurde. Zur gleichen Zeit, geschichtlich gesprochen, das heißt zur gleichen Epoche, lehrte Zoroaster in Persien, Iraten in Palästina die großen Propheten auf, während in Griechenland die großen Tragiker und Philosophen das Gleiche in ihrer Art und Sprache gekündet haben, bis dann ein Christus diese Epoche schloß.

Und dann dieses Einzigartige später immer wieder im Geschehen der Zeit. Renaissance, Romantik, auf die Wilhelm Michel als eigenartige „Allgemeinbewegungen ganzer Völkergruppen, ganzer Erdteile“ hinweist; gibt es in solchem Zusammenhang und in solchem Weltbild nicht zu denken, daß sich da heute in allen Ländern, bei allen Völkern, auf der ganzen Erde die gleiche, große soziale Bewegung vollzieht? Stehen wir nicht unter dem Eindruck einer geistlichen Stunde, wenn wir sehen, daß sich wieder, wie oft, ein Etwas vollzieht in aller Welt? Muß es nicht groß sein, dieses Etwas, weil wir es überall finden? Und muß es uns nicht zu Ehrfurcht zwingen, dieses Etwas, weil es sich überall regt, in aller Welt?

Internationalität des modernen Fühlens soll etwas Abfassendes haben, etwas, das sich mit Volksgemeinschaft nicht verträgt? Es soll der Internationalität etwas Unvollkommenes anhaften, etwas wenig Erdbeurteiltes?

So urteilt der Mensch, der unter engem Horizonte seinen Vorteil sieht, und aus der Kleinwelt seines Ich die Welt betrachtet. Der nur die Jahre sieht und nicht Jahrzehnte, ja Jahrhunderte in einem Erlebnis erfassen kann.

Die Zeit ist erfüllt. Wieder einmal erfüllt. Nur anders. Und wer sie nicht in der Welt fühlt und bei allen Völkern, der fühlt die Zeit nicht.

Internationalität ist Größe geschichtlichen Erlebens, ist Fähigkeit zu historischem Blick. Internationalität des sozialen Fühlens gibt auch dem Geschehen im Volke Größe, erhöht das Nationale Werden zum Teile der Weltkultur. Gibt selbst dem einzelnen, jedem einzelnen von uns die neue Menschenhöhe, die da um so persönlichkeits erfüllter ist, je weiter und tiefer sie umspannt.

Die Weltentunde der sozialen Freiheit schafft neues Erbe, Volk- und Menschgefühl.

Die Geschichte schreitet Draußen und in uns.